

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14. und 15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2009/2010 vom 7. Dezember 2009

16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz: Y. Beutler (SP)

Protokoll: K. Lang

T r a k t a n d e n

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

- | | | |
|-----|-----------------|--|
| 1.* | | Protokoll der 8./9. Sitzung |
| 2.* | 09/094
(DFI) | Voranschlag 2010 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2011-2013 (IAFP) inkl. Nachtrag zum Voranschlag 2010 "Novemberbrief" |
| 3. | 09/100
(DKD) | Grundlagebeschluss für das Statistikprojekt "Siedlungstyp und Einkommenssituation" |
| 4.* | 09/107
(DKD) | Subventionsverträge mit drei kulturellen Institutionen |
| 5.* | 09/103
(DSS) | I. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltverordnung) vom 31. Oktober 2005 |
| 6.* | 09/102
(DSS) | Gewährung eines jährlich wiederkehrenden Beitrages an die Stadtjugendmusik Winterthur für die Jahre 2009 – 2013 |
| 7.* | 07/077
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat R. Schürmann (CVP), F. Helg (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend privatrechtliche Trägerschaft für das Theater Winterthur |
| 8.* | 07/095
(DTB) | Antrag und Bericht zur Motion U. Böni (SP) betreffend Investition in Anlagen zwecks Produktion erneuerbarer Energien |
| 9. | 07/101
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Stettler (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend guter Winterthurer Waldboden |

10. 07/109 Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP), U. Bründler (CVP), (DKD) Ch. Kern (SVP), A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Gruber (SP), und R. Kleiber (EVP) betreffend Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte
11. 07/110 Antrag und Bericht zum Postulat W. Schurter (CVP), J. Altwegg (Grüne/AL), St. Fritschi (FDP), R. Kleiber (EVP), S. Stöckli (GLP) und (DTB) J. Würgler (SP) betreffend Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbuss-Haltestellen
12. 07/111 Antrag und Bericht zum Postulat P. Kyburz (SP) betreffend Einführung (DSO) eines städtischen Anerkennungspreises Jugend
13. 07/113 Antrag und Bericht zum Postulat U. Böni (SP) betreffend Schaffung einer (DTB) Auffangstation und eines Infozentrums für Wildtiere
14. 08/008 Antrag und Bericht zum Postulat D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), (DB) S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch
15. 08/018 Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP), (DTB) M. Hollenstein (CVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Potentialabklärung und Nutzung Geothermie
16. 08/030 Antrag und Bericht zum Postulat U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), (DB) M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum
17. 08/047 Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der (DB) Parkplätze bei der Milchrampe
18. 08/048 Antrag und Bericht zum Postulat M. Ott (SP), D. Berger (Grüne/AL) und R. (DSO) Kleiber (EVP) betreffend Gemeindegzuschüsse zur AHV und IV
19. 08/078 Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP), (DTB) M. Zeuglin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderprogramm Energie im Gebäudebereich
20. 08/080 Antrag und Bericht zur Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und (DSU) U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens
21. 08/098 Beantwortung der Interpellation D. Hauser (SP) betreffend sozial- und (DTB) wirtschaftsverträgliche Strompreise in Winterthur
22. 08/112 Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP), R. Werren (FDP), (DSO) M. Stutz (SD) und H. Iseli (EDU) betreffend Sozialbehörde Winterthur
23. 08/119 Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP) betreffend überfüllte S12 (DTB) im Freizeitverkehr
24. 09/007 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betref- (DSO) fend Schuldenberatung und Schuldensanierung
25. 09/008 Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP) betreffend antizyklische (DFI) Konjunkturpolitik

26. 09/009 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Lärmschutz entlang der A1 in Winterthur (DB)
 27. 09/018 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Einsatzdoktrin von Stadtbus bis 2011 (DTB)
 28. 09/025 Begründung des Postulats M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), J. Altwegg (Grüne/AL) und H. Keller (SVP) betreffend Open Source Pilotprojekt in der Stadt Winterthur (DFI)
 29. 09/033 Beantwortung der Interpellation J. Romer (SP) betreffend Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen (DSS)
 30. 09/034 Beantwortung der Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Bevorzugung des handwerklichen und gewerblichen Verkehrs gemäss Verkehrsbild des Stadtrats (DB)
 31. 09/035 Beantwortung der Interpellation St. Schär (SVP) und G. Bienz (CVP) betreffend privaten Internetgebrauch in der Stadtverwaltung (DFI)
- (* die an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B09/143 Fazlija Amir, geb. 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
2. B09/144 Hartmann geb. Kovacevic Jelena, geb. 1948, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
3. B09/145 Kasumi-Hamiti geb. Kasumi Teuta, geb. 1983 und Ehemann Hamiti Ilir, geb. 1981, mit Kindern Hamiti Kastriot, geb. 2003 und Hamiti Jon, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige
4. B09/146 Mahmuljin Nijaz, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
5. B09/148 Muji Nijazi, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
6. B09/149 Sulejmani geb. Mani Rufadije, geb. 1962, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
7. B09/150 Yanlar Irfan, geb. 1978 und Ehefrau Yanlar geb. Nebilir Selcan, geb. 1985, mit Kindern Selin, geb. 2006 und Sena, geb. 2006, türkische Staatsangehörige
8. B09/151 De Donno Costantina, geb. 1957, italienische Staatsangehörige
9. B09/152 Ibraimi geb. Ibraimi Fatime, geb. 1979, mit Kindern Fatlum, geb. 1998 und Arlind, geb. 2001, mazedonische Staatsangehörige
10. B09/153 Kaplanoglu, Fethi Hakan, geb. 1969 und Ehefrau Kaplanoglu geb. Pusurkur Nalan Nergis, geb. 1975, mit Kindern Irem, geb. 1999 und Idil geb. 2004, türkische Staatsangehörige
11. B09/154 Muji Aziz, geb. 1981 und Ehefrau Muji geb. Bunjaku Sadbere, geb. 1984, mit Kind Erblin, geb. 2007, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
12. B09/155 Neu, Beryl Christa Jutta, geb. 1967, deutsche Staatsangehörige
13. B09/175 Berbaty Andi, geb. 1996, serbischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst zur 14. und 15. Sitzung im Amtsjahr 2009/2010. Es liegen keine Entschuldigungen vor.

W. Hubmann (Leiter Finanzkontrolle) ist zum letzten Mal in offizieller Funktion im Rat. Er wird heute aus dem Dienst der Stadt verabschiedet. Im Jahr 1981 hat W. Hubmann als Leiter der Revisionsabteilung in der Stadtverwaltung angefangen. Damals war dieses Amt noch dem Amtsvorsteher des Finanzamtes administrativ unterstellt und richtete sich nach einem Reglement aus dem Jahre 1930. Im Jahr 1984 wurde das Gemeindegesetz geändert, die Revisionsabteilung wurde neu als Finanzkontrolle bezeichnet und direkt der Departementsleitung unterstellt. Etwas später wurde auch das Reglement aus den 30er Jahren abgelöst. In den folgenden Jahren hat W. Hubmann manchen Departementsvorsteher an sich vorbeiziehen sehen. Die Buchhaltung wurde auf EDV umgestellt, die Mehrwertsteuer eingeführt, der WOV-Versuch gestartet und win.03 von HS 07 abgelöst. Die neue Finanzkontrollverordnung brachte es im Jahre 2006 mit sich, dass die Wahl des Leiters der Finanzkontrolle dem Gemeinderat obliegt. Ratspräsidentin Y. Beutler hat die Zusammenarbeit mit W. Hubmann – auch als Präsidentin der Aufsichtskommission – als sehr angenehm und zuvorkommend empfunden. Sie hat ihn als Menschen nie so trocken wahrgenommen, wie man gemeinhin Menschen wahrnimmt, die den ganzen Tag mit Zahlen arbeiten. Von seinem Umfeld hat die Ratspräsidentin erfahren, dass W. Hubmann gerne wandert. Deshalb überreicht sie ihm ein Couvert mit Reka-Checks. Die Ratspräsidentin dankt W. Hubmann für seine Arbeit.

W. Hubmann bedankt sich für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht worden ist. Er wandert gerne – speziell schätzt er Gratwanderungen. Manchmal waren auch die Revisoren Gratwanderungen. W. Hubmann wünscht dem Parlament eine spannende Budgetdebatte und in den nächsten Jahren eine möglichst harmonische Finanzpolitik.

Der Rat verabschiedet W. Hubmann mit einem Applaus.

Ratspräsidentin Y. Beutler: E. Wettstein musste in den vergangenen Tagen von einem lieben Menschen Abschied nehmen. Er hat seinen Vater verloren. Der Rat trauert mit den Angehörigen und wünscht ihnen viel Kraft für die kommende Zeit. Freud und Leid liegen nahe beieinander. Der Rat darf sich mit St. Fritschi und seiner Frau freuen über die Geburt von Lisa Carla. Sie ist am 4. Dezember 2009 um 01.12 geboren. Die Ratspräsidentin wünscht der Familie alles Gute. In der Zwischenzeit wurde auch gefeiert. Die Ratspräsidentin zeigt einige Fotos von der Jungbürgerfeier. Die Ratsmitglieder haben sich noch selten so alt gefühlt, wie an diesem Abend. Einzelne Ratsmitglieder haben sich sehr intensiv um die Jungbürgerinnen gekümmert. Die Freude war gegenseitig. Ratspräsidentin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder nächstes Jahr die Gelegenheit zum Austausch zwischen Generationen wahrzunehmen. Am Ende der 1. Sitzung wird die Petition Talgut an Stadtrat Bossert übergeben. Nach der Ratspause werden die Ratsmitglieder von den Bläsern der Stadtjugendmusik empfangen. Der Rat wird heute Abend über einen jährlich wiederkehrenden Beitrag an die Stadtjugendmusik abstimmen.

Fraktionserklärungen

Konzert in der Eishalle

St. Nyffeler (SVP): Aus den Medien konnte entnommen werden, dass es nach dem Konzert in der Eishalle Probleme an der Garderobe gegeben hat. Die Garderobe wurde gestürmt. Man kann sich die Frage stellen, ob die Eishalle am Deutweg sich für Konzerte eignet. Offensichtlich nicht. Oder liegt es am Veranstalter oder an der Wahl der Musikgruppen? Wird ein entsprechendes Publikum angezogen? Das ist nicht zu hoffen. Probleme in der Vergan-

genheit sind vielleicht ein Hinweis. Das Departement Schule und Sport (DSS) sollte das Konzept Eishalle überdenken. Eis im Frühsommer lehnt der Stadtrat ab. Braucht es aber in der Hauptsaison wirklich Konzerte in der Eishalle? Es handelt sich um eine Sport- und nicht um eine Konzerthalle. In der Baubewilligung sind maximal 12 Grossanlässe bewilligt und versprochen worden. Die SVP geht davon aus, dass diese Zahl nicht überschritten wird. Die Bevölkerung kann froh sein, wenn sie überhaupt in der Eishalle Schlittschuhlaufen kann. Diese Negativschlagzeilen dürfen sich nicht wiederholen. Der auswärtige Veranstalter verdient damit Geld und die Stadt soll die Negativschlagzeilen tragen. Das kann es nicht sein.

Stadträtin P. Pederngana: Dass es im Nachgang zum Konzert zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe an der Garderobe gekommen ist, ist ein Fehler der Veranstalter. Es ist ärgerlich, dass die Stadt damit in die Medien gekommen ist. Letztlich können solche Pannen aber passieren. Die Stadt wird sich darum bemühen, dass die nächsten Veranstalter die Garderobenausgabe wieder besser organisieren. Dass die Halle für Grossanlässe im Sommer genutzt werden sollte, ist richtig. Manchmal gelingt das für bestimmte Sportanlässe. Generell muss aber festgestellt werden, dass es schwierig ist, die Halle im Sommer zu füllen. Konzerte in einer Halle sind im Sommer nicht begehrt. Die Leute wollen sich im Freien aufhalten. Nicht einmal mit einer WM-Übertragung kann man die Leute in eine Halle locken. Hallen sind im Herbst oder im Winter ein angenehmer Aufenthaltsort. Damit ergibt sich ein Nutzungskonflikt. Immerhin ist die Halle gut ausgerüstet. Wenn am Abend ein Konzert stattfindet, wird der Boden noch in der Nacht wieder entfernt und am nächsten Tag kann das Eis wieder genutzt werden. Es ist moniert worden, dass die Öffentlichkeit die Halle kaum nutzen kann. Zu Beginn war die Halle zum Teil für die Öffentlichkeit reserviert. Die Stadträtin musste feststellen, dass das nicht gewünscht wird. Die Leute bleiben lieber draussen. Wenn es zu stark regnet, gehen sie nach Hause. Die Halle ist nicht gefragt. Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Nutzung durch die Vereine richtig ist.

Talgut

D. Berger (Grüne/AL) dankt den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers Talgut für ihren Einsatz für die Petition. Er wollte auf den Anlass hinweisen, der in der Pause stattfindet. Das hat die Ratspräsidentin aber bereits übernommen.

Anlaufstelle für Randständige

A. Daurù (SP): Die SP-Fraktion freut sich über das klare Abstimmungsresultat für die Anlaufstelle für Randständige, die jetzt voraussichtlich an die Zeughausstrasse ziehen wird. Die Winterthurerinnen und Winterthurer haben mit ihrem klaren Ja von 62,1 % nicht nur die Drogenpolitik der Stadt gestützt und bestätigt, sondern auch gezeigt, dass es für Leute am Rande der Gesellschaft einen Treffpunkt braucht, der den heutigen Bedürfnissen entspricht. Die Anlaufstelle muss in der Nähe des Zentrums sein, sie braucht genügend Raum und ein Konzept, das niederschwellige Tagesstrukturen und Sicherheit für die Betroffenen und den öffentlichen Raum gewährt. Erstaunt hat aber die Reaktion des Referendumskomitees, insbesondere des Quartiervereins Wildbach/Langgasse, auf die demokratische Niederlage. Seit Februar 2009 sind vom Quartierverein 7 Briefe mit Fragen, Forderungen und Wünschen beim zuständigen Departement eingegangen. Sie wurden ausführlich beantwortet. Im Weiteren fanden zwischen der Stadt und dem Komitee Gespräche statt. Die Ängste der Anwohnerinnen und Anwohner wurden ernst genommen. Es kann keine Rede sein von Manipulation und Diskriminierung des Referendumskomitees in der städtischen Abstimmungszeitung, wie das vom Komitee behauptet wird und als Begründung für die Stimmrechtsbeschwerde vorgebracht worden ist. Die SP hofft, dass der Bezirksrat zum gleichen Entscheid kommt, und dass das Referendumskomitee die Niederlage akzeptiert und Vertrauen in die Behörden setzt, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen wird. Auch die Mitarbeitenden der Anlaufstellen werden einen reibungslosen Ablauf gewährleisten.

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

W. Badertscher (SVP): In der Produktegruppe KAP wurde der Globalkredit massiv überzogen. Was ist passiert? Die angebotene Dienstleistung im Produkt 1, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung, wird nicht genutzt. Nun werden die Dienstleistungen ins Produkt 2, berufliche Integration von Sozialhilfebeziehenden, verschoben. Diese Programme werden aber unterschiedlich finanziert. Die berufliche Integration für Sozialhilfebeziehende wird nicht vom Kanton unterstützt, im Gegensatz zu den Programmen im Produkt 1. Die Differenz beträgt 1,66 Millionen. Soviel wurde mehr ausgegeben als im Voranschlag eingestellt ist. Dass dieses Geld weg ist, ist eine Tatsache. Die Frage stellt sich, warum wird ein Budget erstellt, wenn der Rahmen nicht eingehalten wird. Die Gebundenheitserklärung dieses Geldes ist fragwürdig, wenn nicht gar unzulässig. Auch die Auswirkungen auf die WOV-Reserven sind unklar. Kann es trotz der massiven Überschreitung vorkommen, dass WOV-Reserven aufgestockt werden? Können im Nachgang die Ausgaben als regulär erklärt werden? Die SVP-Fraktion rügt dieses Vorgehen und erwartet in Zukunft, dass das Parlament frühzeitig informiert wird und mögliche Lösungen aufgezeigt werden.

Stadträtin M. Ingold: Das Departement Soziales hat im ersten Quartal eine Hochrechnung für diese Produktegruppe vorgenommen, um abzuklären, ob das Budget 2009 ausreichen wird. Bereits im April 2009 war ersichtlich, dass das nicht der Fall sein wird. Daraufhin wurde der Stadtrat informiert. Man hat sich Korrekturmöglichkeiten überlegt. Im Produkt 2 wurden viel mehr Teillohnbeschäftigte ins Programm aufgenommen als geplant. In einer Sondersitzung wurden diese Fakten der Kommission für Soziales und Sicherheit (SSK) kommuniziert. Der Stadtrat hat nach der dritten Hochrechnung die Ausgaben als gebunden erklärt. Damit war die Sachlage transparent. Diese Sachlage muss an einer anderen Stelle besprochen werden. Jetzt muss das Budget 2010 diskutiert werden – nicht die Rechnung 2009. Der Stadtrat hat die SSK informiert. Dieser Ablauf muss an anderer Stelle erneut diskutiert werden. Dabei muss geklärt werden, ob diese Gebundenheitserklärung richtig war oder ob der Stadtrat den Gemeinderat hätte informieren sollen, dass das Budget aus gewissen Gründen nicht eingehalten werden kann. Der Stadtrat hat es vorgezogen im frühesten Zeitpunkt zu kommunizieren.

Schlittelweg

H. Keller (SVP): Wie kürzlich einer Medienmitteilung des Stadtrates entnommen werden konnte, soll die Köhlbergstrasse in Seen als Schlittelweg in den Richtplan aufgenommen werden. Gemäss Stadtrat ist die Köhlbergstrasse bereits heute als Schlittelweg verzeichnet – auch wenn diese Strasse bisher regelmässig gepflegt und gesalzen worden ist. Das soll nicht mehr geschehen. Die Köhlbergstrasse ist die einzige Zufahrt zu zwei Höfen. Diese würden bei starkem Schneefall von der Umwelt abgeschnitten. Angehörige beider Familien arbeiten teilweise auswärts. Die SVP erwartet vom Stadtrat, dass die Zufahrt zu den Höfen für die Blaulichtorganisationen, für Tierärzte, für den täglichen Milchtransport sowie für alle anderen Zubringer gewährleistet bleibt.

Stadtrat W. Bossert: Entweder hat H. Keller die Zeitung nicht gründlich gelesen oder die Zeitung hat schlecht kommuniziert. Es hat sich nichts geändert. Der Richtplaneintrag wurde so belassen, wie er seit Jahrzehnten besteht. Seit Jahrzehnten ist ein Schlittelweg eingetragen. Im Übrigen kann davon ausgegangen werden, dass die Bauern relativ grosse Fahrzeuge besitzen, mit denen sie auch auf schneebedeckten Strassen fahren können.

H. Keller (SVP), (persönliche Erklärung), hat die Strasse angeschaut. Die Kinder müssen zur Schule und zum Einkaufen muss die Zufahrt mit dem Auto möglich sein. Nicht alle verfügen über einen Traktor.

Projekt Fokus

S. Stierli (SP): Am 18. November 2009 hat der Stadtrat den Standortentscheid zum Projekt Fokus gefällt. Die SP-Fraktion ist erfreut, dass es mit diesem Geschäft vorwärts geht. Der Stadtrat spricht sich in seiner Weisung für die Zusammenführung eines Teils der Stadtverwaltung am Standort Superblock im Sulzerareal Stadtmitte aus. Es ist wichtig, dass sich der Stadtrat für einen zentrumsnahen Ort entschieden hat. Auf dem Sulzerareal werden sich Personal, Kundinnen und Kunden wohlfühlen. Heute steht die Budgetdebatte auf der Traktandenliste. Die Ratsmitglieder dürfen nicht vergessen, dass Fokus ein Projekt des Haushaltsanierungsprogramm 07 ist. Die SP hat im Rahmen von win.03 und HS 07 schmerzliche Einschnitte mitgetragen, weil der Blick auf das Ganze wichtig ist. Mit Fokus können mehrere Millionen gespart werden. Für Winterthur ist das viel Geld. Deshalb erstaunt es sehr, dass die SVP das Projekt Fokus plötzlich bekämpft. Sie wollen offenbar nicht sparen. Andererseits werden heute in der Budgetdebatte einige Sparanträge gestellt. Im Rat wird manchmal über einige 10'000 Franken Ausgaben gestritten. Mit Fokus könnte die Stadtkasse jährlich mit 2,5 bis 3,2 Millionen entlastet werden. Dass die SVP dieses Sparpotential nicht realisieren will, ist nicht nachvollziehbar. In der Öffentlichkeit wurden einige Aussagen gemacht, die richtig gestellt werden müssen. Die SVP spielt Fokus gegen ein neues Polizeigebäude aus. Dass die Polizei Bedarf nach einem einheitlichen Standort hat, ist ausgewiesen. Warum bis heute dieses Projekt nicht realisiert wurde, ist S. Stierli nicht bekannt. Es geht aber nicht, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird. Ebenso unsachlich ist die Forderung, die Diskussion müsste neu begonnen werden. Das ist nicht nötig und wäre ineffizient. In den Kommissionen und im Gemeinderat wurden die Hintergründe und die Fakten von Fokus ausführlich diskutiert. Der Stadtrat wird den Standortentscheid dem Gemeinderat vorlegen, bei einer Gutheissung wird die Vorlage ausgearbeitet, kommt dann wieder in den Gemeinderat und anschliessend vors Volk. Das sind die demokratischen Spielregeln, die eingehalten werden müssen. Die SVP unterstellten den städtischen Angestellten, sie würden die Wirtschaft schädigen, weil sie nicht mehr in der Altstadt einkaufen würden. Das ist zurückzuweisen. Die Altstadt ist und bleibt attraktiv, das werden die städtischen Angestellten weiterhin zu schätzen wissen. Der Superblock ist kein schlechter Standort. Es ist zu hoffen, dass die Weisung, wenn sie in den Rat kommt, von allen Beteiligten fair diskutiert wird.

Stadtpräsident E. Wohlwend könnte höchstens noch anfügen, dass die Räume, die verlassen werden, um in den Superblock zu ziehen wieder mit Leben gefüllt werden – mit Menschen, die in diesen Gebäuden arbeiten.

Persönliche Erklärungen

Vorschriften der Feuerpolizei

R. Isler (SVP): Die Adventszeit ist bekanntlich eine besinnliche Zeit. Ein Gang durch die Stadt und durch den Weihnachtsmarkt hat R. Isler in die Kindheit zurückversetzt. Getrübt wird das Ganze einmal mehr durch sehr eifrige Beamte der Feuerpolizei. Im Eingang des Rathauses steht ein Christbaum mit künstlichen Lichtern. Aufgrund der eifrigen Beamten der Feuerpolizei dürfte dieser Baum nicht mehr dort stehen, weil Brandgefahr besteht. Und das nachdem er 37 Jahre lang jedes Jahr aufgestellt worden ist. Wenn man aber den Rathausdurchgang passiert, muss man aufpassen, dass man von den brennenden Fackeln nicht angezündet wird. Das Aufstellen dieser Fackeln ist aber erlaubt. Auch am Weihnachtsmarkt hat der Amtsschimmel offenbar gewiehert. Windlichter in Tonschalen werden verboten. Es wurden Auflagen gemacht, dass Löschdecken angeschafft werden müssen im Mass von 1.80m mal 1.50m. Gesunder Menschenverstand und Augenmass wären der Sache dienlicher als eine engstirnige Auslegung von feuerpolizeilichen Vorschriften.

P. Fuchs (SVP) hat am 26. November 2009 ein Mail erhalten. „Der Stadtrat hat Eva Schwarzenbach zur neuen Personalchefin gewählt. Sie tritt auf den 1. Juli 2010 die Nachfolge von Fritz Lang an, der Ende Juni 2010 in den Ruhestand tritt. Die Wahl erfolgte nach einem offenen Bewerbungsverfahren, das von einer Personalberatungsfirma AG begleitet wurde. Insgesamt lagen 44 Bewerbungen vor. Eva Schwarzenbach hat eine Dissertation über das öffentlichrechtliche Dienstverhältnis verfasst und war früher im Personalamt des Kantons Thurgau tätig. Seit 2002 ist sie Departementssekretärin im Departement Schule und Sport. Eva Schwarzenbach ist 46 Jahre alt und in Winterthur wohnhaft.“ P. Fuchs und sein Esel haben darüber gelacht und sein Esel hat ihn gefragt, ob die anderen 43 Bewerberinnen und Bewerber Pfeifen waren, dass ausgerechnet Eva Schwarzenbach diese Stelle erhalten hat.

Ratspräsidentin Y. Beutler bittet P. Fuchs sich zu mässigen.

P. Fuchs (SVP) erklärt, dass er niemanden beleidigt hat. Es kann aber niemand im Ernst glauben, dass das mit rechten Dingen zugegangen ist. Das ist aber nicht der Kritikpunkt. P. Fuchs kritisiert, dass die Stadtregierung diese Frau, die bestimmt ihre Qualitäten hat, die Stelle nicht antreten lässt, ohne ein teures Verfahren durch eine auswärtige Firma. Der Stadtrat müsste mehr Mut zeigen und selber entscheiden. Dieses Vorgehen ist aber immer noch besser als die Vorgänge in der Liegenschaftenverwaltung. Alle paar Monate sind negative Schlagzeilen zu lesen. Da wird mit Kunden so umgegangen, als ob sie abhängig wären von der Stadt. Besonders störend ist, dass bei der Beschaffung von Unterlagen für die Vergabe einer Gaststätte eine externe Firma beigezogen werden musste. Ist die Liegenschaftenverwaltung fähig oder willens diese Dinge selber in die Hand zu nehmen? Besonders sauer stösst es P. Fuchs auf, dass diese externe Beraterfirma einem Bruder eines Abteilungsleiters der Liegenschaftenverwaltung gehört. Das ist eine Sauerei. Bei jedem kleinen Wettbewerb steht geschrieben: „Firmenangehörige und ihre Angehörigen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.“ Das wäre auch bei solchen Vergaben angemessen. P. Fuchs hat eine weitere Frage. Ist es ein Gerücht oder eine Tatsache, dass die Angestellten des Restaurants Goldenberg während der Umbauzeit den vollen Lohn von der Stadtverwaltung erhalten?

Stadtpräsident E. Wohlwend: Der Stadtrat zieht für die Besetzung von hohen Kaderstellen manchmal professionelle Firmen bei. Das Verfahren ist aufwändig und der Stadtrat will sicher sein, dass die Personen entsprechend geschult sind und die nötigen Voraussetzungen mitbringen. In der Aufsichtskommission hat Stadtpräsident E. Wohlwend bereits gesagt, dass diese Verfahren zum Teil recht teuer sind, deshalb wählt er die Leute in seinem Departement selber aus. Dabei hat der Stadtpräsident den Vorteil, dass er das Personalamt mit einbeziehen kann. Bei der Besetzung des Leiters des Personalamtes wäre das schwierig gewesen. Man kann nicht die Mitarbeitenden ihre Chefin aussuchen lassen. Deshalb hat sich Stadtpräsident E. Wohlwend gestattet eine Selektionsfirma mit einzubeziehen. Dabei wurde eine ausserordentlich gute Wahl getroffen. Unter den Bewerberinnen und Bewerbern haben sich fähige Leute befunden. Dem stadträtliche Wahlausschuss gehörten Stadträtin V. Gick und Stadtrat M. Künzle an. Diese haben die Vorwahl getroffen. Danach hat der Stadtrat als Gesamtheit die Wahl getroffen.

Stadträtin V. Gick: P. Fuchs hat den Rat mit diversen Gerüchten konfrontiert, von denen er weder Fakten noch Namen nennen konnte. Es ist nicht seriös auf diese Art und Weise Leute zu diskreditieren. Die Stadträtin bittet P. Fuchs sich künftig direkt an sie zu wenden und direkte Fragen zu stellen. Es geht nicht an, dass der Gemeinderat mit Gerüchten belästigt wird.

P. Fuchs (SVP), persönliche Erklärung: Die Frage, ob es ein Gerücht ist, dass die Mitarbeitenden des Restaurants Goldenberg während der Umbauphase bezahlt werden, ist nicht

beantwortet. In Bezug auf den Abteilungsleiter der Liegenschaftenverwaltung kann P. Fuchs auch Namen nennen. Stadträtin V. Gick weiss, dass es stimmt.

Stadträtin V. Gick weiss das nicht.

Ratspräsidentin Y. Beutler empfiehlt der Stadträtin und P. Fuchs sich im Nachgang zur Ratssitzung zusammenzusetzen.

Die Traktanden wurden nicht nach Behandlungsreife zusammengestellt, sondern nach dem absoluten Alter der Vorstösse. Im Januar 2010 wird dann wieder wie gewohnt traktandiert – nach Behandlungsreife und nach Departement geordnet. Es wurde kein Vorstoss zurückgezogen. Die Traktandenliste wurde fristgerecht zugestellt. Traktandum 3 ist noch nicht behandlungsreif und wird von der Traktandenliste abgesetzt. Traktandum 6 wird nach der Pause behandelt.

Der Rat macht keine Ergänzungen, damit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 8./9. Sitzung

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2009/094: Voranschlag 2010 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2011-2013 (IAFP) inkl. Nachtrag zum Voranschlag 2010 "Novemberbrief"

Ratspräsidentin Y. Beutler: Als erstes spricht S. Stierli als Präsident der Aufsichtskommission, danach haben die Faktionspräsidentinnen und Präsidenten das Wort, danach die Mitglieder der Aufsichtskommission und anschliessend alle anderen Ratsmitglieder.

Eintreten

S. Stierli (SP): Der Stadtrat legt einen ausgeglichenen Voranschlag für das Jahr 2010 vor. Der Gesamtaufwand von rund 1,3 Milliarden, inklusive Novemberbrief, wird fast vollständig durch Erträge gedeckt. Der budgetierte Aufwandüberschuss beträgt rund 2,7 Millionen, wobei dieser Verlust wie in den vergangenen Jahren deshalb zu budgetieren ist, weil der Kanton von den Gemeinden im Finanzausgleich eine Entnahme von 10 % aus dem Eigenkapital vorschreibt. Gegenüber dem Voranschlag 2009 soll der Aufwand um rund 31 Millionen steigen, also rund 2,5 %. Dafür gibt es mehrere Gründe: 1. Die Stadt wächst. Im nächsten Jahr wird mit einem Bevölkerungswachstum von rund einem Prozent gerechnet. Damit nimmt auch der Aufwand zu, den die Stadt zu erbringen hat. 2. Es ist eine schlechte Konjunkturlage zu verzeichnen. Das hat zur Folge, dass bei den Fürsorgeleistungen Mehrkosten von insgesamt ca. 7,1 Millionen entstehen. 3. Wesentliche Mehrkosten entstehen auch im Bereich Alter – in den Produktgruppen Spitex und Alterszentren betragen diese ca. 1 Million. Auch im Schulbereich ist mit Mehrkosten von ca. 2,6 Millionen zu rechnen, im öffentlichen Verkehr mit ca. 1,7 Millionen, und im Gesundheitswesen mit ca. 2,5 Millionen. Diese Umstände führen auch zu einem Bedarf an zusätzlichem Personal. Es sind fürs Jahr 2010 insgesamt 54 zusätzliche Stelleneinheiten eingeplant. Davon sind 30 Stelleneinheiten kosten-

neutral. Der grösste Zuwachs ist im Departement Sicherheit und Umwelt (+6,78), Schule und Sport (+17,4), Soziales (+15) und Technische Betriebe (+5,2) zu verzeichnen. Diese zusätzlichen Stellen wurden von den Sachkommissionen eingehend geprüft. Die Sachkommissionen beantragen, diesen zusätzlichen Stelleneinheiten zuzustimmen. Im Budget für das Jahr 2009 waren 64,8 neue Stelleneinheiten eingeplant. In Bezug auf die Löhne besteht für die Stadt als Gemeinde im Finanzausgleich kein grosser Spielraum. Es ist geplant, dem Personal einen regulären Stufenanstieg zu gewähren, was Mehrkosten von ca. 3 Millionen verursacht. Der gesamte Personalaufwand steigt um rund 4,68 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2009.

Bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen sind Ausgaben von 79,1 Millionen geplant, wobei 60 Millionen in den Voranschlag eingebracht werden. Das sind 6 Mio. mehr als im Voranschlag 2009. Die Folgekosten an Abschreibungen und Zinsen belasten die laufende Rechnung erheblich. Die grössten Brocken sind beim Bau und bei der Sanierung von Schulbauten zu finden. Bei den städtischen Betrieben werden ebenfalls hohe Investitionen getätigt, nämlich 124 Millionen, wobei diese zur Hauptsache aus geäußneten Vorfinanzierungen getätigt werden können. Auf der Einnahmenseite sind Steuererträge von insgesamt 349 Millionen budgetiert, das sind 13,5 Millionen oder 4 % mehr als im Voranschlag 2009. Im Novemberbrief wurde die Planung nochmals angepasst und die Steuererträge um 5,3 Millionen erhöht. Angesichts der Rezession und auch der geplanten Sparmassnahmen beim Kanton erstaunt es auf den ersten Blick, dass Winterthur mit Mehrerträgen von über 18 Millionen rechnet. Diese Prognose basiert auf den Kontakten, die das Departement Finanzen mit den juristischen Personen pflegt. Eine nähere Überprüfung dieser Annahme durch die Aufsichtskommission ist somit nicht möglich. S. Stierli hofft allerdings sehr, dass die Prognose stimmt. Die Reduktion des Steuerfusses um 1 % erfolgt aufgrund gesetzlicher Vorgaben des Kantons. Finanzausgleich: Im laufenden Jahr hat die Stadt 86 Millionen an Steuerkraftausgleich erhalten. Für das Jahr 2010 ist ein Steuerkraftausgleich von 70 Millionen budgetiert und 50 Millionen Steuerfussausgleich. Dies entspricht einem Finanzausgleich von 120 Millionen, was mit dem Kanton vereinbart werden konnte.

Zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP: Stadtpräsident Ernst Wohlwend und Finanzstadträtin V. Gick haben am 24. August 2009 hier im Saal über die Reform des Finanzausgleichs referiert. Sie haben aufgezeigt, dass in den nächsten Jahren Investitionen von über 501,7 Millionen notwendig sein werden. Dabei sind ein Fussballstadion oder eine Dreifachturnhalle nicht mit einberechnet. Dieser Investitionsbedarf ist für Winterthur ein grosser Brocken. Dazu kommt, dass die wirtschaftliche Entwicklung ungewiss ist. Eine exakte Planung ist damit schwierig. Und das Eigenkapital ist fast gänzlich aufgebraucht. Somit ist klar, Winterthur ist dringend darauf angewiesen, dass die Stadt beim neuen Finanzausgleich, den der Kanton plant, nicht unter die Räder kommt. Nur wenn der Kanton der Stadt Winterthur einen fairen Zentrumslastenausgleich zuspricht, die Rede ist von über 100 Millionen, können Stadt- und Gemeinderat optimistisch in die Zukunft blicken und die Infrastruktur auf einem akzeptablen Niveau halten.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Sparanträgen, die heute gestellt werden. In der letzten Volksabstimmung wurden die neuen Bestimmungen der Gemeindeordnung vom Volk angenommen. Damit wurde das System von WOV, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung, definitiv in Winterthur eingeführt. Das Grundprinzip von WOV ist, dass der Gemeinderat heute im Rahmen der Budgetierung definiert, welche Leistungen die Stadt mit dem zur Verfügung gestellten Geld zu erbringen hat und welche Wirkungen damit ausgelöst werden sollen. Soll gespart werden, ist bei den einzelnen Globalbudgets der Globalkredit zu kürzen und zwar in dem Masse, wie gleichzeitig im Beschlussteil die entsprechenden Leistungsvorgaben reduziert werden. Pauschale Sparanträge für das gesamte Budget widersprechen daher dem Prinzip von WOV. Es kann nicht angehen, dass das Parlament dem Stadtrat den Auftrag gibt, bei irgendwelchen Produktgruppen, egal welchen, die Kredite und Leistungen nach Gutdünken zu kürzen. Damit werden nicht nur die Rechte des Parlaments verletzt, sondern auch die Sachkommissionen umgangen. Pauschale Anträge sind daher nicht zuzulassen. Wer sparen will soll genau sagen, wo er sparen will und das Parlament soll über jeden einzelnen Antrag zu der entsprechenden Produktgruppe abstimmen können. Schliesslich bleibt auch noch darauf hinzuweisen, dass Winterthur eine Finanzaus-

gleichsgemeinde ist. Kann eine Gemeinde die Ausgleichsbeiträge nicht verwenden, werden die Beiträge vom Kanton gemäss § 12 Abs. 1 FAG gekürzt. Ebenso verhält es sich bei den Steuerkraftausgleichsbeiträgen. Stellt sich heraus, dass die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben über genügend Mittel verfügt, was der Fall ist, wenn sie wiederholt Ertragsüberschüsse erzielt und die Finanzlage der Gemeinde als gut bezeichnet werden muss, kürzt der Kanton die Beiträge. Von daher muss man sagen, dass jedenfalls der Kanton Freude daran haben dürfte, wenn der Gemeinderat den Aufwand reduziert. Auf der anderen Seite fragt es sich, ob die Bevölkerung Freude hat, wenn die Stadt aufgrund der Sparanträge Leistungen für die Bevölkerung kürzen muss und gleichzeitig Beiträge an den Kanton zurückbezahlt werden. Zurück zum Voranschlag: Die Aufsichtskommission hat einstimmig beschlossen, auf den Voranschlag 2010 einzutreten. Sie hat auch die Anträge des Stadtrates betreffend Voranschlag 2010, Festsetzung des Steuerfusses, IAFP 2011 bis 2013 sowie die übrigen Anträge gutgeheissen.

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für das vorliegende Budget und für die gute Arbeit. Die Anliegen und die Ergänzungen der Aufsichtskommission wurden berücksichtigt, was den Kommissionsmitgliedern die Arbeit erleichtert hat. Der Voranschlag schliesst, bei einem Umsatz von knapp Fr. 1,3 Milliarden Franken und einem Aufwandüberschuss von 3 Millionen fast ausgeglichen ab und das trotz einem Steuerprozent weniger. Dieser Aufwandüberschuss bewegt sich im Rahmen des Budgets 2009. Die CVP-Fraktion nimmt diesen Voranschlag, leicht zähneknirschend, zur Kenntnis und tritt auf das Budget ein. Zähneknirschen deshalb, weil dieser Aufwandüberschuss einmal mehr zustande kommt, weil die Stadt als Finanzausgleichsgemeinde 10 % ihres Aufwandes als Defizit ausweisen muss. Die immer noch steigenden Steuererträge, vor allem von den juristischen Personen, nimmt die Fraktion mit Befriedigung zur Kenntnis. Es ist zu hoffen, dass es noch lange so bleiben wird. Doch machen sich die Wirtschaftskrise und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur im Departement Soziales, vor allem im Sozialbereich, bereits heute bemerkbar. Eine Abweichung vom Budget 2009 von 6 % ist in diesem Bereich offenbar ein Zeichen der Zeit und kaum vermeidbar. Die Umsetzung des Volksschulgesetzes belastet die öffentliche Hand um weitere 2,6 Millionen. Die CVP fragt sich, wann hat dies ein Ende? Hier drängt sich Handlungsbedarf auf und zwar ziemlich schnell. Die Vorgaben des Stadtrates, auf Grund der angespannten Finanzlage, nach vier Jahren, wieder auf eine volle Lohnrunde zu verzichten, das heisst keinen Leistungsanteil auszubezahlen, unterstützt die CVP mit einem grossen „leider“. Auch mit diesen Sparmassnahmen steigt der Personalaufwand um 4,7 Millionen. Davon entfallen alleine 2 Millionen auf Lohnmassnahmen. Mit Besorgnis hat die CVP die Entwicklung im Kantonsrat beobachtet und sich gefragt, ob die Stadt den budgetierten Steuerfussausgleich in voller Höhe von 50 Millionen zugesichert bekommt und ist jetzt erleichtert, dass dem so ist. Der ausgewiesene, höhere Aufwand im Departement Sicherheit und Umwelt ist nachvollziehbar. In einer wachsenden Gemeinde wie Winterthur nehmen die Ausgaben für Sicherheit, Sauberkeit, für eine genügende Infrastruktur und für den Erhalt der Lebensqualität zu. Ein Leistungsabbau im Bereich „Service Public“ wäre unverantwortlich. Die CVP hätte es begrüsst, wenn analog der Stadtentwicklung direkt unter dem Stadtrat, eine neue Stelle „Verkehrsplanung“ geschaffen worden wäre; denn die Thematik „Verkehr“ wird eine der Hauptaufgaben der Stadt in den nächsten Jahren sein. Die 41 budgetierten, gegenüber dem Vorjahr, zusätzlichen Stellen, wurden ganz genau angesehen und kritisch hinterfragt. Die CVP wird sie aber fast alle knurrend bewilligen, obwohl sie das Budget stark belasten. Zur Erinnerung, Winterthur hat eine schlanke Verwaltung, das wurde in einem Benchmark erhoben. Gar nicht verstehen kann die CVP den massiven Kürzungsantrag der FDP, alle 23 Stellen, die sich nicht selber finanzieren, zu streichen, damit das Globalbudget um 2,3 Millionen zu kürzen und es dem Stadtrat zu überlassen, wo er diese einsparen soll. U. Bründler schmeckt das ein bisschen nach Mut der Verzweiflung. Wenn man nicht mehr genau weiss, wie, wo und was, dann zieht man linear einen Strich, ohne sich Gedanken zu machen, ob das sinnvoll und vernünftig ist. Das sind keine nachvollziehbaren Sparvorschläge.

Die budgetierten 60 Millionen zusätzliche Investitionen gegenüber dem Vorjahr sind ein happiger Brocken. Leider rächt sich nun, was früher verpasst worden ist. Notwendige Sanierungen sind fällig. Zudem sind die vorgesehenen und zum Teil bereits bewilligten Grossprojekte nicht zum Nulltarif zu haben, was für die städtische Kasse schmerzlich ist. Sie belasten die laufende Rechnung mit zusätzlichen Abschreibungs- und Zinskosten. Der IAFP zeigt für die kommenden Jahre, und dies bereits ab 2011, Defizite im Bereich von 25 Millionen auf. Das gibt zu denken. Auch die CVP hofft, dass in diesem Zeitraum das neue Finanzausgleichsgesetz mit einem Zentrumslastenausgleich von 110 Millionen in Kraft ist, damit sich die drohenden Wolken am städtischen Finanzhimmel wieder etwas verziehen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Für einen Brückenbau in der Politik steht die EVP, das hat auch der Landbote festgestellt. Auch heute Abend wollen EVP und EDU eine Hilfe sein, im gegenseitigen Brückenbau und bei einer Punktlandung für das Budget des Stadtrates. In diesem Sinne werden EVP und EDU den Stadtrat in seiner engagierten Finanzpolitik unterstützen und den Kommissionsanträgen folgen. Die GLP wird ihre Haltung noch kundtun, wenn die Mitglieder der Aufsichtskommission zu Wort kommen. Es stellen sich folgende Fragen zu den Kürzungsanträgen der FDP. Wie kommt die FDP global auf 23 Stellen, die zu kürzen sind? Warum sind es nicht 20 oder 25 Stellen? Diese 23 Stellen entsprechen ca. 2 Promille des Budgets. Dabei gilt es zu beachten, dass die Stadt um ca. 6 % gewachsen ist. Diese Kürzung steht in keinem Verhältnis. Damit der Rat darüber diskutieren kann, welche Bereiche gezielt geschwächt werden sollen, müsste die FDP klar sagen, um welche Stellen es konkret geht. Geht es beispielsweise um die jugendlichen Arbeitslosen oder um den Bereich Alter? Dieser globale Kürzungsantrag scheint politisches Kalkül zu sein. In diesem Sinne schliesst N. Gugger seine Rede mit dem Tipp von W. Hubmann, der sagt, dass er dem Rat eine harmonische Finanzpolitik wünscht. In diesem Sinne ist der Bedarf der 23 Stellen klar ausgewiesen und die Anzahl der Stellen ist nicht zu kürzen.

R. Wirth (SP): Die SP tritt auf das vorgelegte Budget ein und dankt dem Stadtrat für die gute Arbeit. Die rasch wachsende Stadt verlangt von der öffentlichen Hand ein überproportionales Engagement. Das Wachstum des Personals beträgt 0,5 % für das Jahr 2010, das Bevölkerungswachstum 0,98 %. Das heisst, wenn alle vorgeschlagenen Stellen bewilligt werden, wird es in einem Jahr pro Kopf weniger Stellen geben als heute. Dazu kommt, dass die neuen Stellen gut begründet sind. Auch der Vergleich mit Zürich ist bemerkenswert. In Zürich kommt auf 18 Personen eine 100 % Stelle in der Verwaltung. In Winterthur sind es 33 Einwohner pro 100 % Stellen. Dieser Vergleich zeigt, dass die Verwaltung nicht schlecht organisiert ist. Die SP dankt allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz. Es ist bedauerlich, dass das Personal lediglich einen Erfahrungsanteil erhält und keinen Leistungsanteil. Aber das ist auch von den Personalverbänden so gefordert worden, als sie vor die Wahl gestellt wurden. Zudem wird das städtische Personal besser behandelt als das kantonale. Schön ist, dass der Stadtrat dem WOV-Postulat von Kollege S. Stierli vom 19. Januar 2009 folgt, mit dem als Folge auf die Finanzkrise 10 neue Lehrstellen gefordert wurden. Auch die Summe von insgesamt 580 Lehrstellen ist beachtlich und Ausdruck davon, dass die Stadtverwaltung ihre Verantwortung wahrnimmt.

Dass der Gesamtaufwand überproportional steigt, hängt mit Ausgaben zusammen, die aufgrund des übergeordneten Rechts erfüllt werden müssen. Daher muss darüber nicht diskutiert werden. Den globalen Kürzungsantrag der FDP lehnt die SP ab. Es ist ein unseriöses Wahlkampfmanöver. Wenn die FDP in dieser Stadt Verantwortung übernehmen will, dann müssen die Fraktionsmitglieder konkrete Kürzungsvorschläge unterbreiten. Kürzen heisst Leistungen abbauen. Wo soll dieser Abbau erfolgen? Eine pauschale Forderung steht dem WOV-Gedanken diametral entgegen. Investitionspolitik: Die SP begrüsst die Erhöhung der Abschreibungsbasis für Investitionen ins Verwaltungsvermögen auf 60 Millionen. Das ist realistisch. Zu lange wurden die Investitionen aufgeschoben. Die Stadt hat einen grossen Nachholbedarf. Auch die wachsende Bevölkerung verlangt Investitionen in die Infrastruktur. Die Investitionen sind nicht übertrieben hoch. Viele Projekte mussten verschoben werden. Auch das Volumen von knapp 100 Millionen ist als antizyklischer Beitrag in der momentanen

Wirtschaftskrise zu begrüssen. Die SP fordert den Stadtrat dazu auf, seinen submissi-
onsrechtlichen Spielraum so zu nutzen, dass ein grosser Teil dieses Geldes dem lokalen
Gewerbe zukommt. Es ist selbstverständlich, dass angesichts der Aufgaben der Steuerfuss
auf dem kantonalen Maximum bleibt. Interkantonale soll Winterthur nicht mit tiefen Steuern
konkurrieren, sondern mit guter Lebensqualität. Im Namen der SP bittet R. Wirth die Rats-
mitglieder, auf das Budget einzutreten.

R. Werren (FDP): Ein Milliardenbudget zu erstellen, bedeutet einen grossen Aufwand. Das
Budget der Stadt hat auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine grosse Bedeu-
tung. Das Finanzamt hat die grosse Aufgabe die Budgets aller Departemente zusammen-
zutragen und zu prüfen, ob das Geld vorhanden ist. Die FDP dankt der Verwaltung, vor al-
lem dem Finanzamt. Es steckt viel Arbeit dahinter. Der Gemeinderat hat die Budgethoheit
und trägt die Verantwortung. Die FDP tritt auf das Budget ein. Sie wird verschiedene An-
träge stellen. Hauptantrag ist ein Kürzungsantrag, der später gestellt wird. Die Stadt Win-
terthur weist 1'000 Stellen aus. 2010 sollen insgesamt 54 neue Stellen geschaffen werden.
30 Stellen sind kostenneutral. Von den neuen Stellen sind rund 35 als Verwaltungsstellen im
engeren Sinn zu verstehen. Jede budgetrelevante Stelle kostet die öffentliche Hand jährlich
rund 120'000 Franken. Gemäss einer Studie des Bundes aus dem Jahr 2001 bezahlt eine
durchschnittliche Mittelstandsfamilie einen Drittel ihres Einkommens als Steuern, Gebühren
und Abgaben und hat damit dieses Geld nicht zur freien Verfügung. Die Tendenz ist stei-
gend. Das unterstützt die FDP nicht. Jeder verdiente Franken, der an die öffentliche Hand
abgegeben werden muss, fehlt im Portemonnaie und steht nicht zur freien Verfügung für
den Konsum und für Investitionen. Die FDP wird Kürzungsanträge stellen in der Hoffnung,
dass andere Fraktionen diese unterstützen werden. Anträge um Erhöhungen werden von
der FDP nicht unterstützt.

Der um 7,1 Millionen gestiegene Aufwand ist aufgrund der Wirtschaftskrise vor allem im Be-
reich Fürsorge zu finden aber auch im Bereich Schule, verursacht durch das neue Volks-
schulgesetz. Die FDP unterstützt den Antrag des Stadtrates, dem Personal mit der Quali-
fikation gut und mehr einen Stufenanstieg zu gewähren und auf den Leistungsanteil zu ver-
zichten. Dies auch aus der Sicht des Finanzausgleichsgesetzes und in Anbetracht des
Schreibens, in dem der Kanton den Gemeinden einen Lohnanstieg von 0,8 % empfohlen
hat. Überraschend sind Verbesserungen der Steuererträge um 13,5 Millionen budgetiert.
Das ist erfreulich, zumal das eine Senkung des Steuerfusses von 123 % auf 122 % ermög-
licht. Die Stadt muss aber für den Zuschuss aus dem kantonalen Steuerausgleich noch im-
mer dankbar sein. Die FDP begrüsst auch die Erhöhung der Investitionen auf 60 Millionen.
Es besteht noch immer ein grösserer Investitionsbedarf. R. Werren hofft auch auf den neuen
Finanzausgleich und auf einen Ausgleich der Zentrumslasten von ca. 110 Millionen, mit de-
nen die zukünftigen Ausgaben aufgefangen werden können. Ohne diesen Ausgleich sähe
die Budgetierung in den nächsten Jahren wieder ganz anders aus. Die FDP tritt auf das
Budget ein. Was den Kürzungsantrag betrifft, ist das WOV-Budget nicht in Stein gemeisselt.
Es ist weiterhin möglich – das hat auch der Stadtrat gesagt – in die WOV-Abläufe einzugrei-
fen. Es ist das erste Jahr, dass mit 50 Globalbudgets gearbeitet wird. Das wird Probleme
geben. Der Stadtrat hat zugesagt, dass jederzeit Veränderungen vorgenommen werden
können.

D. Schraft (Grüne /AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist mit dem Budget zufrieden. Die verant-
wortlichen Stellen haben viel Arbeit investiert und sich auf das Notwendige beschränkt. Vor
einem Jahr wurde eine schwarze Zukunft gemalt. Es wurde gesagt, dass die Finanzkrise
Winterthur schwer zu schaffen machen wird. D. Schraft hat damals gesagt, der Rat solle
den Moment eines ausgeglichenen Budgets geniessen, weil die Finanzkrise das sehr
schnell ändern wird. Die Stadt Winterthur kann aber noch immer mit guten Steuereinnahmen
rechnen. Das heisst, die notwendigen Ausgaben können getätigt werden – Ausgaben, die
sicherstellen, dass Winterthur weiterhin eine lebens- und lebenswerte Stadt bleiben wird.
Die Warnung, dass Winterthur aufgrund der knappen Finanzen nicht aufhören darf sich in
Bezug auf die Ökologie zu verbessern, bringt die Grüne/AL-Fraktion trotzdem an. Die ökolo-

gischen Ziele – weniger Verkehr, eine Verschiebung der Wahl der Verkehrsmittel hin zum Langsamverkehr, eine verbesserte Energieeffizienz etc. – müssen weiterhin im Auge behalten werden.

D. Schraft wollte noch auf einige Details des Budgets eintreten, die meisten wurden aber bereits erwähnt. Die Erhöhung des Budgets haben U. Bründler und S. Stierli bereits begründet. Dazu muss D. Schraft nichts mehr sagen. R. Wirth hat erklärt, warum ein Stellenausbau notwendig ist. Bei Polizei und Feuerwehr werden knapp sieben Stellen neu geschaffen. Eigentlich müsste sich die rechte Ratsseite darüber freuen. Ein Punkt ist D. Schraft wichtig. Es ist schade, dass bei den Löhnen der städtischen Angestellten auf den Leistungsanteil verzichtet wird. Das ist aber nachvollziehbar und hat D. Schraft auch nicht wirklich gestört. Was aber beunruhigt, ist die Begründung warum man sich gemeinsam mit den Personalverbänden für diese Lösung entschieden hat und den Stufenanstieg gewährt und nicht den Leistungsanteil. Untersuchungen haben aber gezeigt, wenn ein Leistungsanteil ausgezahlt wird, kommt dieser vor allem dem Kader und den Männern zugute. Das zeigt deutlich, dass das Gleichstellungsbüro noch lange nicht ausgedient hat. Vor dem Gesetz mag die Gleichstellung erreicht sein, in den Köpfen ist es aber noch lange nicht soweit. Das soll aber kein Vorwurf an die Stadt sein. Die Grüne/AL-Fraktion tritt auf das Budget ein.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion tritt auf den Voranschlag bzw. den Novemberbrief 2010 ein, auch wenn sich das aufgezeichnete Budget alles andere als visionär gibt. Es ist wiederum ein Voranschlag, wie er analog in den vergangenen Jahre vorgelegt wurde, getreu dem Moto: "Je höher die Einnahmen desto grösser auch die Ausgaben und umgekehrt." Die SVP-Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Voranschlag 2010 auseinander gesetzt und sich auch materiell auf den bevorstehenden, neu auszuhandelnden Finanzausgleich mit dem Kanton fokussiert. Zieht man diese Überlegungen und nur diese Überlegungen in Betracht, so ist der vorliegende Voranschlag wirklich kein gutes Beispiel dafür, wie man überlegt und mit einem feinen Gespür in zweifelsohne heikle Verhandlung geht. Gehen wir mal davon aus, dass auch die Stadt Winterthur in den letzten 3 Jahren von der sehr guten Konjunktur profitieren konnte, so stellt die SVP heute fest, dass diese gute Zeit im Finanzhaushalt kaum Spuren hinterlassen hat. Jetzt, wo kantons-, landes- und weltweit eine immer noch nicht überstandene Rezession alle fest im Griff hat und aus den Golfstaaten neues Ungemach auf uns zu kommt, wird in Winterthur wie in den besten Jahren der Hochkonjunktur weiterhin für unzählige Nischenprodukte unverantwortlich Geld ausgegeben. Die Frage was absolut notwendig und dringlich ist, scheint nicht die Lösung gewesen zu sein. Erschreckend ist vor allem die weitere Zunahme von nicht wirklich dringenden Geschäften, die jährlich wiederkehrende Ausgaben nach sich ziehen. Hier sei denn doch auch der Spruch erwähnt, dass auch Kleinvieh am Ende eines Jahres sehr viel Mist produzieren kann.

Aber auch in kulturellen Bereichen wird weiterhin mit der grossen Kelle angerührt und man fragt sich dann wirklich zu Recht, wie das eine Stadt Winterthur als so genannte Zentrums-last gegen aussen verkaufen will. Springen, wie beim Verein Live Musik Kultur Winterthur, infolge der starken Rezession private Investoren ab, zeigt sich der Stadtrat völlig sorglos und springt gleich in die sich öffnende Bresche, um dann den bisherigen Beitrag gleich auch noch zu erhöhen. Zwar bestehen gesetzliche Vorgaben, aber die Zeiten haben sich geändert. Was denken sich da wohl in Bezug auf den bevorstehenden Finanzausgleich die Berggemeinden im Kanton Zürich? Auch hier vermisst die SVP – wie bereits eingangs erwähnt – das notwendige Fingerspitzengefühl. Gleiches ist auch vom Sozialamt zu vermuten. Dass sich ein Sozialdepartement in wirtschaftlich gesehen schwierigen Zeiten einem grossen Druck bezüglich ihrer personellen und finanziellen Ressourcen ausgesetzt sieht, ist absolut nachvollziehbar. Aber wenn dasselbe Departement während Jahren - und das auch in wirtschaftlich guten Zeiten - unvermindert die personellen Ressourcen und finanziellen Ausgaben kontinuierlich erhöht, dann kann und darf solches Tun einfach nicht mehr goutiert werden. Vor allem bei den verschiedensten, zahllosen Projekten für Prävention, Betreuung, Begleitung etc. sind nach Ansicht der SVP-Fraktion weder klare Parameter noch restriktive Leitplanken zu erkennen.

Vieles geht über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Wenn man sich diesbezüglich die Voranschläge der letzten fünf Jahre ansieht, muss man feststellen, dass da viele Leistungsgruppen stets über denselben Leisten gezogen werden und sich die entsprechenden Indikatoren praktisch unverändert Jahr für Jahr wie ein Haar dem anderen gleichen. Es mag sein, dass ein Sozialamt wie eine heilige Kuh in Indien behandelt werden sollte. Der Stadtrat muss sich aber auch hier nicht die Frage stellen, ob er die Arbeit richtig macht. Aber der Stadtrat sollte trotzdem auch mal den Mut und vor allem die Kraft aufbringen, um sich immer wieder zu fragen, ob er auch Arbeit richtig macht, bzw. die richtigen Prioritäten setzt. Es ist nämlich weit über die Stadtgrenze hinaus bekannt, dass in Sachen soziale Wohlfahrt die Stadt Winterthur einen Spitzenplatz einnimmt und in Sachen "Rundumversorgung" seines Gleichen sucht. Da wäre etwas weniger halt doch oftmals etwas mehr. Als den eigentlichen Hammer empfindet die SVP-Fraktion auch die Tatsache, dass trotz der zurzeit herrschenden Rezession der Stadtrat auch für das kommende Jahr - gemäss Voranschlag - wieder 41 neue Stellen bzw. gemäss Novemberbrief sogar 54 neue Stellen schaffen will. Auch bei diesen neuen Stellen ist augenscheinlich, wo der Stadtrat seine Prioritäten setzt. An der Front – also dort – wo es die Bevölkerung sofort wahrnimmt, wird wie schon seit Jahren personell gesehen der Ball flach gehalten. R. Isler denkt an die Frauen und Männer des Strasseninspektors, die in der Stadt Tag für Tag für saubere Strassen, Wege und Plätze sorgen und wöchentlich den Müll direkt vor der Haustüre einsammeln und entsorgen. Auch der Personalaufwand für das gesamte Spektrum der Blaulichtorganisationen steht eigentlich im krassen Widerspruch zum Personalaufwand anderer Departemente und a) zum Wachstum der Stadt und b) zum Ausgehverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn der Stadtrat bekräftigt, dass neue Stellen weitgehend ergebnisrelevant und innerhalb der Globalkredite refinanziert oder kompensiert werden müssen, so stellt die SVP gemäss Weisung glasklar fest, dass diese Mehrstellen vor allem einmal mehr über noch höhere oder neue Gebühren quersubventioniert werden sollen. Die SVP kann hier nur nochmals wiederholen. Sie spricht sich ganz klar dafür aus, dass dem städtischen Personal Sorge getragen werden muss. Aber wenn jährlich immer in den gleichen Departementen übermässig mehr Personal angehäuft wird und die daraus resultierenden Mehrkosten vor allem auf das Gewerbe umgewälzt werden, kann die SVP das einfach nicht mehr tolerieren. So geht das einfach nicht! Voranschlag bzw. Novemberbrief zeigen, dass der bereinigte Aufwand gegenüber dem Vorjahr um etwa 13 Millionen und die Erträge um 12 Millionen gestiegen sind. In absoluten Zahlen heisst das, dass Ausgaben von 1,087 Milliarden Erträgen von Fr. 1,084 Milliarden gegenüber stehen. Das ergibt, wie bereits eingehend erwähnt, wieder einen moderaten, gesetzlich vorgeschriebenen Aufwandüberschuss von 2,7 Millionen. Diesbezüglich attestiert die SVP dem Finanzamt und seinen Mitarbeitenden eine gute Ziellandung. Erfreulich, sofern die Prognosen denn auch stimmen mögen, ist, dass auch für das kommende Jahr merklich mehr Steuern generiert werden können. Gemäss laufender Rechnung und den Aussagen der Finanzvorsteherin, Frau Verena Gick, ist der Steuerertrag nach wie vor gut. Das macht teilweise Mut, weil zu vermuten ist, dass Winterthur wenigstens einnahmenseitig sich mehr oder weniger halten kann. Wenn aber die Stadt mittelfristig die finanzielle Eigenständigkeit erlangen will und das ist absolut die Priorität Nr. 1, sind aufwandseitig endlich restriktive Massnahmen und Verschiebungen nach unten sowie ein starker Wille von Nöten. Attraktivität für Unternehmungen und gute Wirtschaftsbetriebe mit qualifizierten, vielseitigen Arbeitsplätzen gewinnt man definitiv nicht alleine mit nur einer Rundumversorgung in der sozialen Wohlfahrt. Winterthur braucht mehr denn je dringend neue und hochqualifizierte bis sehr gute Arbeitsplätze. Was nützt denn der Umstand, dass die Stadt hervorragende, hohe Fachausbildungen und Studienplätze anbietet, wenn dann die Studierenden nach erfolgreichem Abschluss Winterthur wieder verlassen müssen, nur weil sie keine geeigneten Arbeitsplätze finden? So gesehen können hochqualifizierte Arbeitsplätze auch einen grossen ökologischen Beitrag leisten. Dass Winterthur auch im kommenden Jahr vom Kanton fast 110 Millionen an Steuerfuss und Steuerkraftausgleich erhalten soll, ist zwar löblich aber nicht selbstverständlich. Vorsicht ist angebracht, wenn die SVP-Fraktion besorgt feststellen muss, wie der Kanton Zürich weiterhin mit seinen Finanzen umgehen will. Wenn der Kanton Zürich für das kommende Jahr ein Defizit von über einer halben Milliarde budgetiert, die Neuverschuldung auf 2,7 Milliarden ansteigen und damit das Fremdkapital auf

13,7 Milliarden anwachsen lässt, ist zu befürchten, dass die kommenden Verhandlungen in Bezug auf den bereits angesprochenen Finanzausgleich alles andere als problemlos geführt werden können.

Was die Investitionen anbelangt ist die SVP mit dem Stadtrat zufriedener als auch schon. Das hat der Stadtrat wirklich gut gemacht. Die SVP-Fraktion würde es aber vorziehen, den gesamten Aufwand des Voranschlags um 1,5 % zu kürzen und den daraus resultierenden Ertrag für noch weitere, dringende Investitionen einzusetzen. Diese moderate Kürzung wäre absolut möglich und ergäbe einen Ertrag von gut 16 Millionen Franken. Damit könnte zum Beispiel der Planungsfehler von Seiten des Stadtrates, der zum Erwerb des übermässig teuren Baulandes für den Neubau des Schulhauses in Neu-Hegi geführt hat, finanziert werden. Abschliessend hält die SVP-Fraktion nochmals fest, dass sie es sich mit dem vorliegenden Voranschlag 2010 wahrlich nicht leicht gemacht hat. Sollten nun während der Budgetdebatte Anträge gestellt werden, welche Mehrausgaben nach sich ziehen - egal ob sich um einmalig oder wiederkehrend Mehrkosten handelt - und somit eine Budgetverschlechterung mit sich bringen, wird die SVP-Fraktion den Voranschlag 2010 geschlossen ablehnen. Zum Schluss dankt die SVP-Fraktion dennoch sämtlichen städtischen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr, vor allem auch all jenen, die man nie in den Schlagzeilen sieht.

M. Zeugin (GLP): Die Grünliberalen danken dem Stadtrat für die Erstellung des ausgeglichenen Budgets. M. Zeugin wird darauf eintreten. Positiv zu vermerken sind die steigenden Steuererträge der juristischen Personen. Ebenfalls erfreulich ist, dass die Investitionen die Talsohle erreicht haben. Dank dem tieferen kantonalen Mittel kann Winterthur den Steuerfuss um 1 % senken. Allgemein zu erwähnen ist, dass Winterthur in den kommenden Jahren den Gürtel enger schnallen muss als bisher. Die Grünliberalen gehen davon aus, dass bereits jetzt erste Massnahmen notwendig sind. Zu einzelnen eingereichten Anträgen bezieht M. Zeugin wie folgt Stellung: Dem Kommissionsantrag die Kinderbetreuungsplätze zu erhöhen, wird die GLP zustimmen. Keine Unterstützung wird die Reduktion im Bereich Famex erhalten. Zustimmung wird M. Zeugin aber dem Antrag der FDP für einen moderaten Ausbau der Stellen und auch dem Antrag bezüglich der Einlagen in die Betriebsreserven von Stadtwerk.

Stadträtin V. Gick dankt für die engagierte und interessante Debatte und für die positive Aufnahme des Voranschlags 2010. Der Stadtrat hat den Voranschlag 2010 gezwungenermassen ins Lot gebracht. Die Stadt muss jedes Jahr 10 % des Eigenkapitals abbauen. Es war ein langer und anstrengender Prozess bis dieser Ausgleich erreicht werden konnte. Die Stadträtin zeigt anhand von Statistiken die Entwicklung des Aufwands. Im Vergleich zu 2009 ist ein Mehraufwand von rund 30 Millionen budgetiert. Dieser wird weitgehend verursacht durch Aufgaben, die der Stadt von übergeordnetem Recht vorgeschrieben werden - Volksschulgesetz, Sozialhilfe, Zusatzleistungen etc. Diese Ausgaben müssen finanziert werden. Auf der Einnahmenseite haben zwei positive Aspekte dazu beigetragen. Auf der einen Seite steigen die Steuereinnahmen und zwar sind es mit dem Novemberbrief 18 Millionen. Das zeigt, dass es der Wirtschaft relativ gut geht. Das Stellenwachstum in der Stadt betrug in drei Jahren 8,7 %. Die Arbeitsstellen, die R. Isler gefordert hat, sind vom Gewerbe geschaffen worden. Der Stadtrat hat sich stark eingesetzt, um die Stadtentwicklung zu fördern. Der Stadt ist es gelungen vom Kanton 120 Millionen Finanzausgleich zu erhalten. Dazu waren sehr gute Argumente notwendig. Die Stadträtin musste darlegen, dass trotz steigenden Steuereinnahmen eine Erhöhung des Finanzausgleichs nötig ist. Der Voranschlag ist im Lot und dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, dass dieser nicht durch Mehraufwendungen belastet wird. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder keine wiederkehrenden Mehrausgaben zu beschliessen. Der Stadtrat hat sein möglichstes getan, um allen sozialen Anliegen nachzuleben und hat Prioritäten gesetzt. Er hat zum Beispiel im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung in den letzten Jahren ein sehr grosses Wachstum zugelassen, weil es wichtig ist, dass diese Betreuung funktioniert. Im Jahr 2007 betrug der Globalkredit 8,5

Millionen, jetzt beträgt er 12,5 Millionen. Das entspricht einem Wachstum von 50 %. Das ist sehr viel. In keinem anderen Bereich ist das Wachstum so hoch.

Stadträtin V. Gick will aber auch den Blick in die Zukunft öffnen. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) zeigt, dass in den Jahren 2011/2012 mit 25 bis 26 Millionen Mehraufwand zu rechnen ist. Die Stadträtin begründet diese Prognose wie folgt: Auf der Ertragsseite ist ein kontinuierliches Wachstum der Steuern prognostiziert. Der Stadtrat rechnet damit, dass die Entwicklung nicht mehr im gleichen Ausmass erfolgt, wie in den letzten Jahren aber er rechnet noch immer mit einer Steigerung. Im Novemberbrief wurden bereits 5 Millionen mehr Steuereinnahmen eingestellt. Dass die Steuern wachsen, ist sehr positiv. Das hat aber auch eine Kehrseite im Finanzausgleichssystem. Die Steuerkraft im Kanton sinkt. Das heisst, die Differenz zwischen der Steuerkraft im Kanton und der Steuerkraft der Stadt wird kleiner. Das bedeutet, dass auch der Steuerkraftausgleich sinkt. Im IAFP hat der Stadtrat mit 120 Millionen Finanzausgleich gerechnet. Stadträtin V. Gick hofft, dass die Stadt diese 120 Millionen auch in den Jahren 2011 und 2012 erhält. Auf der Ertragsseite sind deshalb einige Risiken vorhanden, die bedacht werden müssen. Auf der Aufwandseite ist mit einem Wachstum zu rechnen. Das heisst, dass in den kommenden Jahren die Aufwandseite sehr genau geprüft werden muss.

Bereits im Sommer hat Stadträtin V. Gick über die Investitionen informiert, die auf die Stadt zukommen werden. Diese Investitionen sind entweder ganz dringend, weil die Stadt gewachsen ist oder es sind Investitionen, die für das weitere Wachstum und für die Entwicklung der Stadt notwendig sind. In den nächsten 5 Jahren sollen 500 Millionen investiert werden – bei einer Abschreibungsbasis von 60 Millionen. Diese Investitionen bringen Folgekosten – Abschreibungen und Zinsen müssen bezahlt werden. Stadträtin V. Gick zeigt das Wachstum der Abschreibungen anhand einer Statistik. Das heisst, dass ein Teil der städtischen Mittel durch die Folgekosten der Investitionen gebunden ist. In den nächsten Jahren steht die Stadt vor der grossen Herausforderung, abzuwägen zwischen den Investitionen und den Aufwendungen in der laufenden Rechnung. Stadt- und Gemeinderat müssen entscheiden, wo Prioritäten gesetzt werden müssen. Müssen die Aufwendungen der laufenden Rechnung zugunsten der Investitionen etwas reduziert werden oder umgekehrt? Das wird ein wichtiger und relativ schwieriger Prozess sein, um das richtige Mass zu finden. Stadträtin V. Gick hofft, dass es so sein wird, wie W. Hubmann gesagt hat und Winterthur eine harmonische Finanzpolitik realisieren kann. Gemeinsam sollte es gelingen diese Abwägung vorzunehmen und das richtige zu tun. Das wird aber von allen viel fordern. Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern, dass sie auf den Voranschlag eintreten.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein anders lautender Antrag gestellt, damit ist der Gemeinderat auf den Voranschlag 2010 eingetreten.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt: bewilligt

Stadtentwicklung

M. Wenger (FDP): Auch das Stellenbedürfnis in der Stadtentwicklung ist gut abgeklärt worden. Auch wenn der Bedarf für die Quartierentwicklung nachvollziehbar ist, ist die FDP-Fraktion überzeugt, dass die bestehenden 13,26 Stellen für die Stadtentwicklung ausreichend sind, sodass die Quartierentwicklung nicht zu kurz kommen wird. Die FDP beantragt die Streichung von 0,5 Stelleneinheiten und damit die Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken.

U. Bründler (CVP) bittet die Ratsmitglieder den Antrag der FDP abzulehnen. Die Stadtentwicklung hat den Betrag für diese halbe Stelle bereits eingespart – vor allem bei den Sachkosten, um sich diese 0,5 Stelleneinheiten leisten zu können. Das ist WOV. Das Parlament gibt den Rahmenkredit bekannt. Wie innerhalb dieses Rahmens vorgegangen wird, hat den Rat nicht zu interessieren.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag der FDP abstimmen, den Rahmenkredit um 50'000 Franken zu kürzen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

M. Zeugin (GLP) stellt den Antrag, dass in der Stadtentwicklung im Themenbereich Wirtschafts- und Bildungsstandort 100 Stunden zusätzlich eingesetzt werden und im Themenbereich Wohnen, Wohnstandort 100 Stunden reduziert werden, sodass für den Wirtschafts- und Bildungsstandort 1'100 Stunden resultieren und 900 Stunden für den Bereich Wohnen, Wohnstandort. Es braucht ein verstärktes Engagement um den Wirtschaftsstandort zu fördern und nicht den Wohnstandort.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag der GLP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass keine weiteren Anträge gestellt werden, damit ist das Budget der Produktgruppe Stadtentwicklung wie vom Stadtrat beantragt bewilligt.

Theater Winterthur: bewilligt

Bibliotheken: bewilligt

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: bewilligt

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten: bewilligt

Rechtspflege: bewilligt

Departement Finanzen

Finanzkontrolle: bewilligt

Finanzamt: bewilligt

Informatikdienste: bewilligt

Steuerbezug: bewilligt

Immobilien

J. Würigler (SP): Es werden 0,6 Stelleneinheiten neu geschaffen mit der Begründung, dass ein zentrales Immobilienmanagement eingeführt werden soll. Dieses zentrale Immobilienmanagement ist vom Stadtrat noch nicht bewilligt worden. Das heisst, es handelt sich um eine bedingte Stelle. Zudem werden jetzt Arbeiten zentralisiert, die früher in den einzelnen Bereichen erledigt worden sind. Damit wäre es sinnvoll, wenn die Stellen, die zu diesen Bereichen gehören, ebenfalls zentralisiert werden.

Ratspräsidentin Y. Beutler stellt fest, dass kein Antrag vorliegt. Im Protokoll wird festgehalten, dass es sich um eine bedingte Stelle handelt.

Stadträtin V. Gick: Diese Frage wurde in der Aufsichtskommission (AK) diskutiert. Es ist klar – und die Stadträtin gibt das zu Protokoll – dass diese 0,6 Stelleneinheiten nur besetzt werden, wenn das zentrale Immobilienmanagement eingeführt wird.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist das Budget der Produktgruppe Immobilien bewilligt.

Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

M. Wenger (FDP): Kürzungsanträge haben es schwer. Im letzten Jahr wurden lediglich 100'000 Franken für den überflüssigen API-Ball gestrichen und das bei einem Budget von 1,3 Milliarden. Dieser Betrag ist lächerlich. Überall ist zu hören, dass gespart wird. Stimmt das überhaupt? Letztes Jahr sind neue Stellen bewilligt worden und auch 2010 wird es wieder in die gleiche Richtung gehen. Die Zahlen in den Voranschlägen von 2007 bis 2010 zeigen, dass 220 Stellen geschaffen worden sind. Im Durchschnitt sind das jährlich 55 Stellen. Bei Lohnkosten von rund 100'000 Franken pro Stelle, kostet das die Stadt in diesen vier Jahren 55 Millionen oder pro Jahr ca. 13,5 Millionen. Kann und will sich die Stadt das weiterhin leisten? Die FDP beantragt, die 23 zusätzlichen Stellen zu streichen, respektive das Globalbudget um 2,3 Millionen zu kürzen. Wo diese Kürzungen stattfinden sollen, obliegt dem Stadtrat. Auch mit 3'053 Stellen können alle Aufgaben erledigt werden.

M. Stauber (Grüne/AL): Es stellt sich die formelle Frage, ob es überhaupt möglich ist, in der Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse diese Pauschalkürzung von 2,3 Millionen vorzunehmen. Auf Seite 102 des Voranschlags ist definiert, was diese Produktgruppe beinhaltet. Es handelt sich nicht um Stellen irgendwo in der Verwaltung. Diese Kürzungen wirken sich zudem auf die Ziele in den verschiedenen Produktgruppen aus. Die FDP outet sich mit diesem Antrag als fantasielos und sie will die Kompetenzen des Gemeinderates abbauen. Das ist aber nicht so tragisch. Tragisch ist aber die politische Feigheit. Überall dort, wo es eng wird, schreit der betroffene Teil der Bevölkerung auf und fragt, warum ausgerechnet bei ihnen gekürzt wird. Dieser Situation weicht die FDP aus, indem sie erklärt, dass der Stadtrat den Kopf hinhalten soll. Eigentlich müsste die FDP als Antragstellerin die Verantwortung übernehmen. In den Produktgruppen sind im Beschlussteil die Zielvereinbarungen aufgeführt. In gewissen Produktgruppen müssen diese Zielvereinbarungen geändert werden, wenn das Budget um 2,3 Millionen gekürzt wird. Das heisst der Stadtrat soll den Beschlussteil, den der Gemeinderat festgelegt hat, ändern. Man könnte zwar sagen, dass keine Kürzung vorgenommen sondern der Ausbau gestoppt werden soll. Die Stadt muss aber steigende gebundene Kosten bewältigen. Das heisst, dass an einem anderen Ort gekürzt werden muss. Deshalb beantragt die Grüne/AL-Fraktion den Kürzungsantrag abzulehnen.

S. Stierli (SP) beantragt ebenfalls die Ablehnung. Die Ratsmitglieder konnten sich davon überzeugen, dass die 54 beantragten zusätzlichen Stellen notwendig sind, um die neuen Aufgaben, die auf die Stadtverwaltung zukommen, zu erfüllen. Die Sachkommissionen haben diese Stellen überprüft und den Ausbau für richtig befunden. Wenn diese Stellen gekürzt werden, wird das Personal ausgeblutet. Das wäre nicht richtig. Zudem widerspricht das Vorgehen dem WOV-Gedanken. An sich hat auch R. Werren Recht. Winterthur befindet sich noch immer in der Testphase. Deshalb können Anträge gestellt werden, die noch nicht dem definitiven Regime entsprechen. Trotzdem ist der Antrag abzulehnen. Die SP will es nicht dem Stadtrat überlassen, zu entscheiden wo gekürzt werden soll. Diese Hoheit hat der Gemeinderat. Zudem liegt es nicht am Gemeinderat dem Stadtrat einen Stellenabbau vorzuschreiben. Der Stadtrat entscheidet wie viele Stellen er mit dem Geld, das der Gemeinderat ihm zur Verfügung stellt, schaffen will. Wenn der Gemeinderat aber einen Wunsch äussert, wird der Stadtrat diesem Wunsch in der Regel nachkommen. Das wäre in diesem Fall nicht gut. Deshalb bittet S. Stierli die Ratsmitglieder den Antrag abzulehnen. Die FDP soll sagen, wo gespart werden soll.

Stadträtin V. Gick: Es handelt sich um einen schwierigen Antrag, weil die Produktgruppe Städtische Allgemeynkosten/Erlöse keine normale Produktgruppe ist, die man steuern kann. Alle wissen wie das Spiel funktioniert. Die Globalkredite können verändert werden. Man kann die Indikatoren verändern. Aber in dieser Gruppe eine Reduktion von 2,3 Millionen zu verlangen und dem Stadtrat die Verteilung zu übergeben, ist in der Tat ein etwas schwieriges Vorgehen. Das würde bedeuten, dass der Stadtrat bewilligte Globalkredite kürzen müsste. Dann würden auch verschiedene Indikatoren nicht mehr mit den Globalkrediten übereinstimmen. Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag abzulehnen.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag der FDP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist der Globalkredit Städtische Allgemeynkosten/Erlöse bewilligt.

Steuern und Finanzausgleich: bewilligt

Departement Bau

Tiefbau: bewilligt

Entsorgung: bewilligt

Vermessung: bewilligt

Städtebau

J. Heusser (FDP): Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) beantragt die Bezeichnung Renovation durch Gesamtsanierung zu ersetzen. Die Sachkommission hat den Antrag mit 9 zu 0 Stimmen gut geheissen.

Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag an.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Änderung genehmigt. Es werden keine weiteren Anträge gestellt. Der Globalkredit der Produktgruppe Städtebau ist bewilligt.

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt: bewilligt

Stadtpolizei

M. Ott (SP): Zurückgehend auf das Postulat von N. Galladé „Informationskampagne zu Verhalten bei Gewalt im öffentlichen Raum“ hat das Departement Sicherheit und Umwelt im letzten Jahr vier Rundgänge unter dem Titel „Förderung der Zivilcourage“ durchgeführt. Die SP wünscht, dass die Stadtpolizei dieses Angebot nächstes Jahr erweitert und für ein grösseres Publikum anbietet. Die SP beantragt den Globalkredit der Stadtpolizei um 33'000 Franken zu erhöhen. Das entspricht den Kosten für 10 Rundgänge. In der Kommission wurde ein Kompromiss gesucht und gefunden. Diese 10 Rundgänge sind das Resultat der Kommissionsarbeit. Von den Teilnehmenden soll ein Unkostenbeitrag von 10 Franken erhoben werden. Die Kommission hat den Antrag mit 7 zu 0 Stimmen gut geheissen. M. Ott bittet die Ratsmitglieder den Antrag zu unterstützen.

W. Badertscher (SVP): Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) stellt folgenden Antrag: Verpflichtungskreditkontrolle, Konto-Nummer 19155, Ersatz stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen, diese Position der Investitionsrechnung soll mit einem B (vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligt) gekennzeichnet werden. Damit kann der Ersatz mit dem Budget bewilligt werden.

Das gleiche gilt für die Konto-Nummer 19157, semi-stationäre Geschwindigkeitsmessanlage, auch diese Position der Investitionsrechnung kann mit einem B ins Budget aufgenommen werden. Die Kommission hat den beiden Anträgen einstimmig zugestimmt.

Der Stadtrat schliesst sich den Anträgen an.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit hat der Rat den Globalkredit mit den beantragten Änderungen bewilligt.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: bewilligt

Feuerwehr: bewilligt

Zivilschutz: bewilligt

Melde- und Zivilstandswesen: bewilligt

Umwelt- und Gesundheitsschutz: bewilligt

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung: bewilligt

Familienergänzende Kinderbetreuung

O. Seitz (SP): Stadträtin V. Gick hat am Ende der Eintretensdebatte die steigenden Zahlen der Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung dargelegt. Sie hat mit Recht festgestellt, dass die Kosten auch 2010 wieder steigen werden. Das Wesentliche ist, dass diese Produktgruppe zwei Produkte beinhaltet – nämlich die schulergänzende Kinderbetreuung und die vorschulische Kinderbetreuung. Die schulische Kinderbetreuung ist im Volksschulgesetz geregelt und das verlangt, dass ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden sein muss. Die Stadt Winterthur würde übergeordnetes Recht brechen, würde sie diesem Auftrag nicht nachkommen. Deshalb sind die Kosten gestiegen. Für die vorschulische Kinderbetreuung schlägt der Stadtrat ein Nullwachstum vor. Die Mehrheit der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) ist zum Schluss gekommen, dass ein Nullwachstum nicht akzeptabel ist. Der Bedarf steigt ständig an. Deshalb schlägt die BSKK vor die Hälfte des im IAFP vorgesehenen Ausbaus zu realisieren.

Antrag 1: Es sollen 10 neue Kinderplätze geschaffen werden. Dieser Antrag beinhaltet Subventionen für 6 Monate im Jahr 2010 in der Höhe von 82'000 Franken, weil die Plätze nicht auf den 1. Januar 2010 geschaffen werden können, sondern erst im Laufe des Jahres. Es fehlen noch immer Kinderbetreuungsplätze. Auf die Erhöhung dieser Plätze zu verzichten, ist sozialpolitisch nicht nachvollziehbar. In den letzten Jahren sind jeweils mehr Plätze geschaffen worden. Im Jahr 2007 waren es 21 Plätze, 2008 16 und 2009 20. Dieser Antrag bleibt deutlich unter diesen Zahlen. Es geht aber nicht, dass überhaupt keine neuen Plätze geschaffen werden.

Antrag 2: Die Anzahl Säuglingsplätze soll um 5 Plätze ausgebaut werden. Im IAFP sind diese 5 Plätze für das Jahr 2010 vorgesehen. Im ersten Jahr sollen nur 6 Monate subventioniert werden. Die Kosten betragen 61'500 Franken. Im Jahr 2009 wurden 15 Säuglingsplätze geschaffen und Jahr 2008 11. Auch dieser Antrag bleibt deutlich unter den Anträgen der Vorjahre.

3. Antrag: Die Betreuungsstunden in Tagesfamilien sollen um 5'000 Stunden erhöht werden. Dafür werden zusätzlich 28'000 Franken ins Budget eingestellt. Auch diese Zahl wurde dem IAFP entnommen.

Die SP-Fraktion freut sich, dass ihre drei Anträge in der BSKK eine deutliche Mehrheit gefunden haben. Sie setzt sich für eine bedarfsgerechte Anzahl subventionierter Kinderbetreuungsplätze ein. Die familienergänzende Betreuung verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, hilft bei der Integration von fremdsprachigen Kindern und nicht zuletzt profitiert der Wirtschaftsstandort Winterthur davon. Aus diesem Grund hat die SP Winterthur 2006 eine Volksinitiative eingereicht, mit der verlangt wird, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzenden Kinderbetreuungsplätzen geschaffen wird. Über diese Volksinitiative wird der Rat voraussichtlich im Januar 2010 debattieren.

St. Nyffeler (SVP) bittet die Ratsmitglieder den Antrag der SP abzulehnen. Einerseits hat der Stadtrat hier keine Prioritäten gesetzt und andererseits kommt auch noch die Volksabstimmung aufgrund der Initiative auf die Stadt zu. Das wird wahrscheinlich Winterthur noch mehr Geld kosten. Die SVP hätte sich noch mit dem Gedanken anfreunden können, Tagesfamilien zu fördern, indem die Betreuungsstunden um 5'000 Stunden erhöht werden. Die anderen beiden Anträge sind aber in jedem Fall abzulehnen. So wie es jetzt aber aussieht, könnten alle drei Anträge angenommen werden. Die SVP bittet die Ratsmitglieder, die Anträge abzulehnen.

F. Helg (FDP): Die FDP beantragt diesem Kommissionsantrag nicht zuzustimmen und dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Das Ergebnis von 6 zu 0 Stimmen ist in der Kommission nur zustande gekommen, weil F. Helg nicht anwesend war und nicht abstimmen konnte. Die FDP-Fraktion findet es finanzpolitisch höchst fragwürdig über den Antrag des Stadtrates hinauszugehen und in der aktuellen finanziellen Finanzlage einen Ausbau zuzulassen. In den letzten Jahren hat bereits ein massiver Ausbau stattgefunden. Wenn der Stadtrat jetzt das Angebot so belassen will, hat er sich etwas überlegt. Die Situation wiederholt sich jedes Jahr. Der Stadtrat stellt einen moderaten Antrag, die Linke fordert mehr und die FDP und die anderen Vertreter des bürgerlichen Lagers stellen sich dagegen. F. Helg könnte sein Votum vom letzten Jahr wiederholen. Bereits damals hat er gesagt, dass er sein Votum vom Vorjahr hätte wiederholen können. F. Helg anerkennt aber, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse im Rat so sind, dass finanzpolitische Überlegungen kein Gehör finden. Die FDP ist aber konsistent, sie ist der Fels in der Brandung, gegen die finanzpolitischen Forderungen. Die FDP vertritt auch in Bezug auf die Kinderbetreuungsinitiative die gleiche Haltung und verlangt, dass ein weiterer Ausbau von der finanziellen Lage abhängig gemacht wird. Dieser Druck hat dazu geführt, dass die SP bereit ist nachzugeben und in der Umsetzung auf die unrealistische Konstruktion eines Rechtsanspruchs verzichtet. Die Folgekosten dieser drei Anträge sind enorm. Die FDP wird alle Anträge ablehnen, die über die Anträge des Stadtrates hinausgehen. Die FDP stellt den Antrag, dass der Globalkredit der Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung um 100'000 Franken gekürzt wird. Der Verwaltungsaufwand in der Famex ist insgesamt schlanker zu gestalten. Im Visier sind zwei Stellen.

Antrag 1: Auf die im Drehbuch aufgeführte 80 % Stelle für die Erweiterung der Fachleitung soll verzichtet werden.

Antrag 2: Auf eine 40 % Stelle für die Sachbearbeitung Kinderbetreuung soll ebenfalls verzichtet werden. Diese Stellen sind in der Produktgruppe Kinderbetreuung untergebracht. Damit würden Kosten von mehr als 100'000 Franken eingespart.

Die FDP geht davon aus, dass sich diese 100'000 Franken intern einsparen lassen. In der Kommission wurde die Befristung der Leitungsstelle auf zwei Jahre diskutiert. Das erscheint riskant. Was in zwei Jahren ist, weiss niemand. Es werden andere Personen im Rat sitzen und es nicht abzusehen, was in zwei Jahren mit dieser Stelle passiert. Der Beweis, dass man diese Leitungsstelle nicht im ursprünglich beantragten Sinn braucht, hat das Departement selber geliefert. Zuerst wurde eine unbefristete Stelle beantragt. Erst in der Kommissionsberatung ist zugestanden worden, dass es diese Stelle nicht länger als zwei Jahre

braucht. Für diese zwei Jahre muss es aber Lösungen geben, die durch Kapazitätsumlagerungen zu erreichen sind, falls diese Stelle wirklich nötig ist. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, diese Stelle nicht zu bewilligen.

M. Läderach (EVP): Die EVP lehnt diese Kürzungsanträge ab und unterstützt die Kommissionsanträge. Wie O. Seitz ausgeführt hat, wird die Hälfte der im IAFP vorgesehenen Plätze beantragt. Der Beschluss, der in der BSKK gefasst wurde, ist bereits ein Kompromiss, der in zwei Lesungen ausgehandelt wurde. Es handelt sich um einen moderaten Vorschlag. Heute wurde bereits mehrfach erwähnt, dass die Stadt wächst. Ein Nullwachstum in der Betreuung ist nicht machbar. Auch Familien mit Kindern ziehen in die Stadt, die eventuell Betreuungsplätze benötigen. Finanzpolitisch agieren heisst nicht einfach streichen. Man könnte finanzpolitisch in die Zukunft blicken und in diese Zukunft investieren. M. Läderach will die Budgetdebatte nicht mit der Famex Vorlage vermischen. Die finanzielle Lage ist nicht rosig, trotzdem unterstützt die EVP diesen Antrag. Die 100'000 Franken für die Erweiterung der Fachleitung sind notwendig. Winterthur muss Tagesschulen einführen. M. Läderach beantragt, dem Antrag der BSKK zu folgen.

Ratspräsidentin Y. Beutler weist darauf hin, dass es von Vorteil wäre, wenn diese Anträge noch vor der Essenspause abschliessend behandelt werden könnten.

R. Isler (SVP) macht darauf aufmerksam, dass diese Kosten nicht als Zentrumslasten verkauft werden können. Diese Kosten hat Winterthur selber angehäuft und das sind Signale. Die Ratsmitglieder gehen über den Voranschlag des Stadtrates hinaus und stellen mehr Geld ins Budget ein. Irgendwann werden die Bürgerlichen ausscheren, wenn es darum geht der Stadt den Rücken zu stärken, um zu einem halbwegs guten Finanzausgleich zu kommen. Die SVP ist nicht ständig Steigbügelhalter, nur damit die Linke jedes Jahr das Fuder noch mehr überlanden kann. Zum Glück hat es im Kantonsparlament eine leichte bürgerliche Verschiebung gegeben und irgendwann macht der Kantonsrat nicht mehr mit. Wenn die SP mehr Geld ins Budget einstellen will, und Mehrkosten bewilligt, die gar nichts mit Zentrumslasten zu tun hat, macht auch die SVP nicht mehr mit.

O. Seitz (SP): Im Bereich der Betreuung der Schulkinder sind zwei Grossprojekte im Gang – die flächendeckende Einführung von freiwilligen Tagesschulen und die Bewältigung der stark gestiegenen Nachfrage nach schulergänzender Betreuung. Stadträtin P. Pedergrana hat in der Kommission überzeugend dargelegt, dass es sich bei der geplanten Stelle nicht um eine Verwaltungsstelle handelt und dass damit der Auftrag des Gemeinderates umgesetzt wird. Der Gemeinderat hat beschlossen freiwillige Tagesschulen einzuführen. Zurzeit sind im Departement Schule und Sport zwei Fachleitungen für die Führung von Kinderhorten angestellt. Diese haben eine Führungsspanne von 30 Leiterinnen an gut 40 Standorten zu bewältigen. Neben dieser bereits hohen Arbeitsbelastung gilt es jetzt einen neuen Auftrag zu erfüllen. 35 Schulen müssen in zwei Etappen in Tagesschulen umgewandelt werden. Diese Aufgaben können nur durch die Unterstützung einer weiteren Fachkraft bewältigt werden. Gleichzeitig zur Einführung der Tagesschulen ist der Bedarf nach schulergänzender Kinderbetreuung gestiegen. Dieses Mengenwachstum bringt einen höheren administrativen Aufwand mit sich, der bisher ohne zusätzliche Stellen bewältigt wurde. Die Stadträtin hat in der Kommission dargelegt, dass aufgrund der beiden Grossprojekte diese Stelle auf zwei Jahre befristet wird. Wenn die Einführung der freiwilligen Tagesschule beendet ist, kann auf diese Stelle wieder verzichtet werden. Die SP lehnt den Antrag der FDP ab.

M. Stauber (Grüne/AL): O. Seitz hat ausführlich begründet warum der Antrag der FDP zur Ablehnung empfohlen wird. In der vorschulischen Betreuung kann die Stadt keine Plätze aus- oder abbauen. Sie subventioniert. Wenn nämlich der Platz nicht besetzt wird, fliesst auch kein Geld. Es werden keine Plätze auf Vorrat subventioniert. F. Helg hat betont, dass er nicht in der Kommission anwesend war, als die Erhöhung der familienexternen Betreuung mit 6 zu 0 Stimmen gutgeheissen wurde. Das bedeutet aber, dass ein FDP-Mitglied anwe-

send war und zugestimmt hat. Die FDP fällt offenbar in Bezug auf die ausserfamiliäre Kinderbetreuung langsam hinter die SVP zurück. 2010 wird der Rat weiterhin über dieses Thema debattieren können. Korrektur: Im Drehbuch steht folgender Satz (Antrag Erhöhung um 3'000 Betreuungsstunden, GB + CHF 17'000 unterlag dem Antrag zur Erhöhung um 5'000 Stunden mit Präsidialentscheid). Die richtige Bezeichnung lautet: Stichentscheid des Präsidenten.

Stadträtin P. Pedergrana: Der Stadtrat hält mit der Begründung, die Stadträtin V. Gick in ihrem Votum zu Beginn der Sitzung abgegeben hat, an seinem Budget fest. Es wurde der Versuch gemacht die Tagesfamilien gegen die Betreuung in Krippen auszuspielen. Das sollte nicht geschehen. Es handelt sich um zwei gleichwertige Angebote mit unterschiedlichen Vorzügen und Nachteilen. Zum Kürzungsantrag der FDP nimmt die Stadträtin gerne Stellung. Der Antrag wurde in der Kommission ausführlich diskutiert. Winterthur weist ein Mengenwachstum im Bereich der schulischen Kinderbetreuung auf. Das ist so gross, dass neue Lösungen notwendig sind. Wenn mit den bisherigen Methoden die Elternbeiträge eingefordert werden sollen, muss ein nebenamtliches Steueramt im Departement Schule und Sport geführt werden. Das ist zu aufwändig. Der Stadtrat erarbeitet deshalb eine Weisung wonach die Famex-Verordnung geändert werden soll. Mit dieser Änderung soll die Erhebung der Elternbeiträge vereinfacht werden. Bis diese Änderungen umgesetzt sind, muss das Mengenwachstum mit einem Ausbau in der Sachbearbeitung bewältigt werden. Stadträtin P. Pedergrana hat das in der Kommission ausführlich dargelegt und ist überrascht, dass dieser Antrag im Rat zur Debatte steht.

Der Stadtrat hat erklärt, dass es nicht gelingen wird, bis im Sommer 2009 alle Schulen flächendeckend zu freiwilligen Tagesschulen umzuwandeln. Diesen Auftrag des Gemeinderates wird der Stadtrat in zwei Kreisen – in Wülflingen und Seen – aus baulichen Gründen erst im Sommer 2011 umsetzen können. In den anderen Schulkreisen erfolgt die Einführung im Sommer 2010. Dieser grosse Wandel kann nicht mit den bisherigen Ressourcen bewältigt werden. Die Führungsspanne ist bereits jetzt immens. Wenn die Tageschulen gut starten sollen, braucht es diese 0,8 Stelleneinheiten zusätzlich. In der Kommission hat die Stadträtin dargelegt, dass sie davon ausgeht, dass die Betreuung der Schulleitung unterstellt werden kann. Es wird ein Projekt vorbereitet. Die Zentralschulpflege wird sich mit einem Kreditantrag für eine Schulleitung plus an den Gemeinderat wenden. Darin ist erwähnt, dass im Gegenzug zum Mehraufwand, den die Schulleitung plus mit sich bringt, die Fachleitungsstelle abgebaut werden kann. Diesen Antrag kann der Gemeinderat nicht ablehnen, wenn er seinen eigenen Auftrag ernst nimmt, den er dem Stadtrat gegeben hat.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es liegen zwei Anträge vor. Der eine sieht eine Aufstockung des Budgets der familienergänzenden Kinderbetreuung von 171'500 Franken vor der andere eine Kürzung von 100'000 Franken. Die Ratspräsidentin stellt diese beiden Anträge einander gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der BSKK zu und bewilligt die Erhöhung um 171'5000 Franken.

Ratspräsidentin Y. Beutler stellt den Antrag der BSKK dem stadträtlichen Antrag gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag der BSKK mit offensichtlichem Mehr zu und erhöht und bewilligt damit den Globalkredit der familienergänzenden Kinderbetreuung um 171'000 Franken.

Schuldienste: bewilligt

Berufsbildung: bewilligt

Sportamt

F. Helg (FDP): Irren ist Menschlich. Fehler passieren und Zahlen können verwechselt werden. Allerdings sind im Budget des Departements Schule und Sport (DSS) gehäuft Fehler

vorgekommen. Im Sportamt heisst es beispielsweise: „Das ist ein Druckfehler“ und unter Beiträge heisst es: „Wurde versehentlich budgetiert“ oder „Es ist eine Fehlbuchung passiert“ oder „Diese Begründung ist nicht richtig“. Als Kommissionsreferent für einige Budgetteile des DSS hat F. Helg 6 Fragen gestellt und auch 6 Antworten erhalten. Die Hälfte davon hat aber aus Hinweisen auf Fehler bestanden. Man fragt sich, was in diesem Budget überhaupt stimmt. Es gibt bestimmt eine recht hohe Dunkelziffer. Die Budgetierung liegt in der Verantwortung der Departemente und die politische Verantwortung liegt bei der Departementvorsteherin. Wenn aber das Budget so vorgelegt wird, fragt man sich zu Recht, ob dieser Budgetprozess korrekt ist, ob es effiziente Kontrollmechanismen gibt, ob man die Budgetierung genügend ernst nimmt und ob man den richtigen Umgang pflegt mit dem Parlament. Die Verärgerung ist parteiübergreifend, insbesondere weil sich das Ganze immer wieder wiederholt. F. Helg fordert Stadträtin P. Pedernana auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und für mehr Sorgfalt zu sorgen. Die FDP stellt den Antrag den Wert in der Produktgruppe Sportamt, Zielvorgaben/Messgrössen von 55 auf 35 zu korrigieren.

Stadträtin P. Pedernana kann froh sein, dass F. Helg kein Lehrmeister ist und ihr keine Eselskappe und einen Platz in der Ecke zuweist. Die Stadträtin lädt F. Helg ins Departement ein. Er kann in die Budgetierungsprozesse Einblick nehmen. Demnächst findet ohnehin ein Gespräch statt, um eine Weisung zu besprechen. Dann kann die Stadträtin über die entsprechenden Abläufe informieren. Dem Antrag, den Wert in den Zielvorgaben / Messgrössen zu korrigieren, schliesst sich die Stadträtin an.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit hat der Rat den Globalkredit Sportamt bewilligt.

Departement Soziales

Vormundschaftsamt: bewilligt

Jugend- und Familienhilfe: bewilligt

Sozial- und Erwachsenenhilfe

J. Lisibach (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, anstelle von 380 Stellenprozenten lediglich deren 300 zu bewilligen und somit den Globalkredit um 80'000 Franken zu kürzen. Auch das Departement Soziales sollte lernen zu verzichten. Die Grosswetterlage im Sozialbereich wird nie so düster dargestellt, wie dann, wenn es um das Budget geht. Für das Jahr 2010 wird mit einem Anstieg von 7 % der Sozialfälle gerechnet. Relativiert wird diese Zahl, indem gesagt wird, dass Vorhersagen kaum möglich sind. In der Kommission wurde auch gesagt, dass die Prognosen wieder besser werden sollten. Trotzdem werden 380 Stellenprozente gefordert. Die SVP will nicht das Kind mit dem Bad ausschütten und fordert eine moderate Kürzung um 80 Stellenprozente. J. Lisibach bittet die Ratsmitglieder, diesem Antrag zu folgen.

A. Daurù (SP): Die SP-Fraktion stellt sich klar gegen diesen Antrag und lehnt die Kürzung des Globalkredits ab. Die SVP zielt einmal mehr auf eine Gruppe von Arbeitslosen die am meisten gefährdet sind – nämlich auf die Jugendlichen. In der Kommission hat die SVP erklärt, dass diese Einsparungen am ehesten bei der Fachstelle für junge Erwachsene möglich sind. Das löst befremden aus. Die Statistik zeigt, dass die Zahl der 18 bis 25 jährigen in der Sozialhilfe überdurchschnittlich hoch ist. Gleichzeitig handelt es sich aber um die Personengruppe, die am besten wieder ins Berufsleben integriert werden kann, wenn die Probleme rechtzeitig erkannt werden. Sie haben die grössten Chancen wieder selbständig zu werden und somit den Staat zu entlasten. Das sollte auch im Interesse der SVP sein. Eine Studie, die die Stadt Winterthur in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass für jeden Franken, der in Arbeitintegrationsmassnahmen investiert wird, Fr. 1.60 bis Fr. 2.10 an die Stadtkasse zurück fließen. Die SVP will an einer Fachstelle sparen, die nachhaltig und erfolgreich Jugendliche

aus der Sozialhilfe holt und ihnen ermöglicht beruflich und finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Sonderbar ist auch, dass die SVP in einer Produktgruppe sparen will, die sich mit der Fallführung der Sozialhilfebeziehenden beschäftigt. Ist die SVP doch die Partei, die nach Sozialhilfepolizisten schreit, um Menschen zu überführen, die zu Unrecht Sozialhilfegelder beziehen. Genau das ist unter Anderem die Aufgabe der Fallführung. Es muss geprüft werden, ob jemand Anrecht auf Sozialhilfegelder hat. Diese Überprüfung ist mit der zunehmenden Fallbelastung pro Person nicht mehr möglich. Daher braucht es diese Stellen. Die SVP sollte sich überlegen, ob sie sich mit diesem Antrag nicht ins eigene Fleisch schneidet. A. Daurù bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

J. Lisibach (SVP): Die SVP möchte nur moderat kürzen, weil sie einen sorgsam Umgang mit dem Personal pflegt. Nicht wie die SP, die schon Lohnsenkungen zugestimmt hat, gegen den Willen der SVP. Deshalb sollen die Stellen sorgsam aufgebaut werden. Wenn es wirklich nicht geht ohne diese 80 Stellenprozente kann erneut darüber gesprochen werden.

Stadträtin M. Ingold: A. Daurù hat bereits alles gesagt.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Wer dem Antrag der SVP zustimmen und den Globalkredit um 80'000 Franken kürzen will soll dies bezeugen durch Handerheben.

Der Rat lehnt den Antrag mit deutlichem Mehr ab und genehmigt den Globalkredit wie beantragt.

Asylwesen: bewilligt

Prävention und Suchthilfe: bewilligt

Alterszentren: bewilligt

Spitex: bewilligt

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich: bewilligt

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP): bewilligt

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur

J. Heusser (FDP): Der Stadtrat will 2,245 Millionen in die Betriebsreserven einlegen. Diese Einlage in die Betriebsreserve ist zu streichen und der Betrag soll der Strom-Kundschaft von Stadtwerk über eine Gebührenreduktion zurückgegeben werden. Die FDP beantragt dieses Jahr die Betriebsreserven nicht zu erhöhen und die 2,245 Millionen den Kunden zurückzugeben.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist der Meinung, dass Reserven wachsen dürfen, solange man nicht weiss, was noch auf den Betrieb zukommt. Der budgetierte Gesamtumsatz von rund 40 Millionen rechtfertigt einen Reserveeintrag von 1,55 Millionen. Zudem ist es ein Problem, wenn jedes Jahr die Reserven den Strombezügern ausgeschüttet werden, dann wird die Stromverschwendung honoriert. Aus diesen Gründen ist die Grüne/AL-Fraktion gegen diesen Antrag.

R. Wirth (SP) hat bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass der Stromhandel extrem volatil ist. Gewisse Reserven sind notwendig, damit die Gebühren nicht plötzlich erhöht werden müssen. Das Gewerbe braucht ein gewisses Mass an Planungssicherheit bei den Strompreisen. Dazu dienen die Reserven.

J. Heusser (FDP): Die Betriebsreserve beträgt zurzeit 18,7 Millionen. In den letzten zwei Jahren ist ein Defizit von 0,5 Millionen entstanden. Damit reichen die Reserven ca. 37 Jahre. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum das Geld in die Betriebsreserven fliessen soll.

U. Böni (SP): Man kann riechen, in welche Richtung es gehen soll. Im Prinzip geht es nicht um die Betriebsreserven. Es geht um die Abgaben in die laufende Rechnung, die der FDP ein Dorn im Auge sind. Diesem Antrag soll man nicht stattgeben. Stadtwerk benötigt Betriebsreserven, weil Investitionen notwendig sind. Dieser Antrag ist ein falscher Ansatz und nicht ehrlich, weil es eigentlich um die Abgaben in die laufende Rechnung geht.

Stadtrat M. Gfeller bittet die FDP-Fraktion seriöser zu politisieren. In der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) hätte dieser Antrag gestellt werden können. Stadtrat M. Gfeller fühlt sich leicht beleidigt, weil er vor dieser Ratssitzung keine Gelegenheit hatte zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, ausser über E-Mail. Der Stadtrat bittet die FDP wenigstens den gleichen Antrag zu stellen, wie er auf den gelben Seiten formuliert ist. Darin ist von 1,55 Millionen die Rede. Entgegen dem Budget hat Stadtwerk im Novemberbrief die Einlage in die Betriebsreserven reduziert. Dieser beträgt jetzt noch 1,55 Millionen. Dieser Antrag des Stadtrates hätte mit dem Novemberbrief in der BBK diskutiert werden können. Die Reduktion ist nach einer detaillierten Prüfung der Preise der Netznutzungskosten und des Energiehandels durch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ELKOM) erfolgt. Das ist eine Kommission, die sehr genau abschätzen kann, wie hoch die Unterhaltskosten für die Netznutzung sind. Der ELKOM-Entscheid hat dazu geführt, dass der Netzunterhalt für Stadtwerk zu einem Defizit führen muss, wenn die gute Qualität des Stromnetzes aufrechterhalten werden soll. Deshalb ist es gerechtfertigt, wenn kompensatorisch wenigstens ein bescheidener Gewinn beim Stromhandel möglich ist. Wenn man die europäischen Preise im Stromhandel analysiert, wird klar, dass diese Preise steigen werden. In zwei bis drei Jahren wird die Stadt froh sein, wenn sie kompensatorisch eingreifen kann. Der Zeitpunkt um die Preise zu senken, ist aber eindeutig zu früh. Jetzt ist der richtige Moment um noch Reserven zu bilden. Die Strommarkliberalisierung in den Nachbarländern hat gezeigt, wohin die Reise gehen wird. In der Schweiz sind die Strompreise noch günstig, weil die Atomkraftwerke weitgehend abgeschrieben sind. Das diese nicht mehr beliebig lang laufen werden, ist klar. Entweder gibt es neue Atomkraftwerke, die wesentlich teurer sind, was die Stromgestehungskosten anbelangt oder es gibt andere Kraftwerke. So oder so werden die Strompreise steigen.

Seit August 2008 haben 300 Grosskunden von Stadtwerk Winterthur das Recht den Stromlieferanten frei zu wählen. Diese Kunden könnten wechseln, wenn sie finden, dass der Strom in Winterthur zu teuer ist. Weder im Jahr 2008 noch 2009 hat ein Kunde gewechselt. Zusätzlich zur ELKOM hat der Stadtrat auch vom Markt die Bestätigung erhalten, dass die Preise in Ordnung sind. Es wäre eine falsche Marktpolitik und auch der ELKOM gegenüber nicht richtig, wenn jetzt die Preise gesenkt werden. Der Stadtrat beschliesst die Preise, diese müssen zudem bis am 1. August publiziert werden, damit die Grosskunden bis am 1. Oktober entscheiden können, ob sie wechseln wollen. Das ist eidgenössisch geregelt. Wenn der FDP-Antrag eine Mehrheit finden sollte, könnte sich der Stadtrat überlegen einen Bonus auszuzahlen. Das wird in erster Linie aufgrund der Abrechnung vom Vorjahr gemacht. Die Preise können nicht à priori gesenkt werden. Der Stadtrat kann nur das Geld ausgeben, das im Vorjahr eingenommen worden ist. Der Stromhandel ist tatsächlich volatil. Wenn einige Grosskunden abspringen würden, wären die Reserven in weniger als 10 Jahren aufgebraucht. Deshalb muss der Stadtrat zuerst beobachten, wie sich die Kunden verhalten. Dann kann allenfalls mit einem Bonus reagiert werden. Jetzt ist dieser Antrag fehl am Platz.

J. Heusser (FDP) korrigiert den Wert in seinem Antrag auf 1,55 Millionen.

Ch. Kern (SVP): Stadtrat M. Gfeller hat provoziert, indem er von Seriosität gesprochen hat. Sind denn die 44 Millionen Kostenüberschreitung beim Umbau der KVA, ist das Geschäft Biorender oder die Gastankstelle, die nach einem halbe Jahr noch immer nicht funktioniert,

Seriosität? Hat man dem Gemeinderat etwas vormachen oder verkaufen wollen, das nicht standhält? Die Bonuszahlungen von 50 Franken pro Kopf in Bezug auf Wasser oder Strom sind ebenfalls nicht seriös, weil allen gleich viel zurückgezahlt wurde – eine mehrköpfige Familie hat nicht mehr erhalten als ein Einpersonenhaushalt. Wenn man einen Bonus auszahlt, muss man die Anzahl Personen, die in einem Haushalt leben, berücksichtigen.

Stadtrat M. Geller: Die Strompreispolitik macht der Stadtrat. Selbstverständlich kann ein Antrag gestellt werden, den Betrag nicht in die Betriebsreserven einzustellen. Stadtrat M. Gfeller hat genau begründet, was er nicht seriös findet. Der Antrag hat nicht dem schriftlichen Antrag im gelben Papier entsprochen. Zur KVA will Stadtrat M. Gfeller jetzt nicht Stellung nehmen, das Thema ist in der BBK ausführlich besprochen worden. Er hofft, dass Ch. Kern diesen Brief gelesen hat.

Ratspräsidentin Y. Beutler: lässt über den Antrag der FDP die Betriebsreserven um 1,55 Millionen zu kürzen abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab und genehmigt den Globalkredit wie beantragt.

Stadtbus Winterthur: bewilligt

FinöV Stadt: bewilligt

Forstbetrieb: bewilligt

Stadtgärtnerei: bewilligt

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei: bewilligt

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: bewilligt

Zum Teil A gibt es keine Bemerkungen oder Anträge, damit ist Teil A bewilligt.

Schlussabstimmung

R. Isler (SVP): Es ist bekannt, dass die SVP nicht wankelmütig ist. Anlässlich der Eintretensdebatte hat die SVP eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass sie Voranschlag, Novemberbrief und IAFP nicht mittragen, wenn Mehrausgaben generiert werden. Aus diesen Gründen lehnt die SVP das Budget ab – lieber kein Budget als ein schlechtes. Offenbar besteht kein Interesse daran, dass Winterthur Rechtsgleichheit und einen fundierten Finanzausgleich erreicht. Offenbar wollen viele lieber jedes Jahr als Bittsteller nach Zürich gehen. Die SVP lehnt den Voranschlag ab. R. Isler bittet die Ratsmitglieder daran zu denken, wenn im kommenden Jahr über den Finanzausgleich diskutiert wird, wird die SVP irgendwann loslassen. Die Linke hat das Fuder überladen. Der Stadtrat hat kein berauschendes Budget vorgelegt, man könnte aber noch halbwegs damit leben. Wenn jetzt die Linke und ein Teil der Mitte meinen, man müsse noch mehr Geld ausgeben für etwas, das nichts mit Zentrumslasten zu tun hat, kann die SVP nicht zustimmen. R. Isler hofft, dass auch die FDP diesem Beispiel folgen wird, weil die Sparanträge alle abgelehnt wurden. Die SVP sagt zum Voranschlag 2010 klar Nein.

Stadträtin V. Gick: Der Stadtrat hat ein sehr ausgewogenes und austariertes Budget vorgelegt. Der Gemeinderat hat diese Budget um 171'500 Franken wiederkehrend und um 33'000 Franken einmalig erhöht. Das ist keine so grosse Veränderung dieses Voranschlags, dass sich eine Ablehnung des Budgets aufdrängen würde. Die Stadträtin bedauert zwar jeden Franken, der mehr ausgegeben wird. Stadträtin V. Gick ersucht die Ratsmitglieder den Voranschlag abzunehmen und dem Budget zuzustimmen.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über die Ziffern 1 bis 7 abstimmen.

Ziffer 1: bewilligt

Ziffer 2: bewilligt

Ziffer 3: bewilligt

Ziffer 4: bewilligt

Ziffer 5: bewilligt

Ziffer 6: bewilligt

Ziffer 7: bewilligt

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit wurden sämtliche Anträge angenommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2009/107: Subventionsverträge mit drei kulturellen Institutionen

P. Kyburz (SP): In der Stadt werden zwei Gruppen von Subventionsverträgen abgeschlossen: Verträge der Gruppe 1, die unbefristet laufen und der Volksabstimmung unterliegen – wie zum Beispiel das Musikkollegium, der Kunstverein oder das Technorama. Mit der zweiten Gruppe werden Verträge abgeschlossen, die unter 500'000 Franken liegen. Diese haben eine Laufzeit von 4 Jahren. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrates die Verträge um 4 Jahre zu verlängern. Im Rahmen dieser Weisung muss der Gemeinderat nur über Sonderfälle entscheiden, weil sich Veränderungen ergeben haben. 1. Der Subventionsvertrag mit dem Verein LMK – Live Musik Kultur soll neu 300'000 Franken beinhalten statt wie bisher 200'000 Franken. 2. Der neue Subventionsvertrag an die Fotostiftung Schweiz – Schweizerische Stiftung für die Photographie soll jährlich 90'000 Franken erhalten. Damit wird gleichzeitig der jährlich wiederkehrende Standortbeitrag aufgehoben. 3. Der neue Subventionsvertrag mit dem Theater Katerland / bravebühne über jährlich 55'000 Franken tritt an die Stelle der bisher gewährten Werkbeiträge von 50'000 Franken. Der Verein LMK umfasst das Albani, das Salzhaus, das Gaswerk und das Kraftfeld. Der Verein hat den Auftrag Konzerte im Bereich Rock und Pop anzubieten. Sein Hauptauftrag ist die Subventionen an die verschiedenen Clubs und das Programm zu koordinieren, damit sich diese Clubs nicht gegenseitig konkurrenzieren sondern ergänzen. Bisher wurde der Verein LMK mit 200'000 Franken unterstützt, beantragt ist eine Erhöhung um 100'000 Franken auf 300'000 Franken. Es sind 100'000 Franken externe Leistungen weggefallen. Dabei handelte es sich um Leistungen aus einer Stiftung, die nicht einfach ersetzt werden konnten. Der Verein LMK hat eine grosse Bedeutung in der Winterthurer Musikszene. Die Zusammenarbeit mit dem Verein ist effizienter als Verhandlungen mit jedem einzelnen Club. Die Kompensation der weggefallenen Stiftungsgelder ist zurzeit nicht möglich.

Antrag 2 betrifft die Fotostiftung, die fotografische Werke von nationaler und internationaler Bedeutung sammelt und erhält. Der Gemeinderat hat im April 2002 einen Standortbeitrag von 50'000 Franken bewilligt. Der Umbau, der im Jahr 2003 gemacht worden ist, wurde hauptsächlich durch private Stiftungen finanziert. Rund 50'000 Originalabzüge finden sich im Verantwortungsbereich der Fotostiftung. Leistungsvereinbarung: Die Fotostiftung soll die Sammlung pflegen, jährlich drei öffentliche Wechselausstellungen organisieren und nach Möglichkeit durch begleitete Aktivitäten wie Vorträge, Führungen, Publikationen etc. ergänzen. Insbesondere soll sie eine gezielte Museums- und Kunstpädagogik betreiben. Ein besonderes Augenmerk ist auf das Angebot für Jugendliche zu richten und sie soll den kostenlosen Zutritt für Winterthurer Schulklassen ermöglichen. Der bisherige Standortbeitrag umfasst 50'000 Franken. Neu ist ein Subventionsvertrag über 90'000 Franken vorgesehen. Begründung: Die Fotostiftung ist seit 2003 in der Stadt Winterthur etabliert. Die Stiftung arbeitet mit grossem Engagement und Erfolg. Winterthur konnte sich mit der Fotostiftung international in einem neuen Segment einen internationalen Ruf aufbauen. Pädagogische Angebote sind wichtig und mit diesem neuen Vertrag können mittels Leistungsvereinbarung

Gegenleistungen eingefordert werden. Der Standortbeitrag ist seit 2002 unverändert. Die Leistungen und die Bedeutung der Fotostiftung sind Grund genug, den Beitrag anzupassen. Mit dem neuen Beitrag erhält die Fotostiftung knapp die gleiche Summe, die sie von der alten Standortgemeinde erhalten hat.

Antrag 3 betrifft das Theater Katerland / bravebühne. Das Theater wurde 1989 als professionelle freie Theatergruppe in Winterthur gegründet und produziert Theater für Kinder und Erwachsene und seit 1998 unter dem Namen bravebühne auch Theater und theatrale Experimente für Jugendliche und Erwachsene. Es werden sowohl eigene Stücke entwickelt, als auch fremder Stoffe aufgeführt. In der Leistungsvereinbarung ist vorgesehen, dass das Theater Katerland / bravebühne weiterhin Produktionen für alle Altersgruppen in Winterthur erarbeitet und Tournéen im In- und Ausland organisiert. Das Theater soll sich für die Verbreitung und Förderung des Kinder- und Jugendtheaters einsetzen und das Theaterangebot in Winterthur sinnvoll ergänzen. Pro Jahr sind ein bis zwei Theaterproduktionen zu erarbeiten und 5 bis 10 Vorstellungen mit Eigeninszenierungen durchzuführen. Pro Jahr sind mindestens 30 Vorstellungen aufzuführen. Die finanzielle Unterstützung wird sehr bescheiden erhöht. Der bisherige Werkvertrag umfasst 50'000 Franken. Der neue Subventionsvertrag sieht 55'000 Franken vor. Es geht nicht in erster Linie um mehr Geld, sondern um eine gewisse Planungssicherheit. Mit diesem Subventionsvertrag erhält das Theater diese Sicherheit für die nächsten 4 Jahre. Das Theater Katerland ist im Bereich Kinder- und Jugendtheater eine feste Grösse. Es hat 23 eigene Stücke entwickelt und Vorstellungen in der Schweiz und im übrigen Europa gegeben. Immer wieder wurde das Theater an internationale Festivals eingeladen und hat diverse Preise gewonnen. Die 5'000 Franken entsprechen in etwa der aufgelaufenen Teuerung. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) empfiehlt mit 7 zu 0 Stimmen die Anträge anzunehmen. Auch die SP stimmt dieser Weisung zu. Kultur ist das Salz in der Suppe des gesellschaftlichen Lebens. Winterthur ist eine Kulturstadt. Der moderate Ausbau der Leistungen ist sinnvoll und machbar. Es handelt sich um einen massvollen Schritt in die richtige Richtung.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion steht hinter diesem Antrag des Stadtrates. Das Angebot des Vereins Live Musik Kultur ist für Winterthur wichtig. Die SVP wird aber ein kritisches Auge auf den einen Partner dieses Vereins behalten, weil dieser etwas angeschlagen ist. Allenfalls muss der Subventionsvertrag angepasst werden. Die Fotostiftung Schweiz hat internationale Bekanntheit erreicht, was bei den Winterthurer Kunstmuseen leider noch nicht der Fall ist. Die Leute kommen auch aus dem Ausland nach Winterthur. Deshalb unterstützt die SVP den Antrag die Fotostiftung mit 90'000 Franken zu subventionieren. Zusammen mit den Subventionsverträgen wurde auch eine Leistungsvereinbarung getroffen. Damit kann der Gemeinderat direkten Einfluss nehmen. Das gleiche gilt auch für das Theater Katerland / bravebühne. Hier gibt es keine grossen Veränderungen. Die 5'000 Franken entsprechen mehr oder weniger der Teuerung. Auch hier kann der Gemeinderat über die Leistungsvereinbarung direkt Einfluss nehmen auf das Schaffen dieser Institution. Deshalb stellt die SVP den Antrag auf Annahme.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Subventionsverträge. Diese drei Institutionen leisten einen wesentlichen Beitrag ans Kulturangebot der Stadt Winterthur und sind über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Deshalb sind die Subventionen wertvoll für die Stadt. Positiv hervorzuheben sind die Leistungsvereinbarungen mit denen konkrete Gegenleistungen für die Subventionen eingefordert werden. Der Verein LMK muss zum Beispiel 120 Konzerte anbieten und auch lokalen und regionalen Bands Auftritte ermöglichen. Das ist eine gute Sache. Die CVP-Fraktion unterstützt diese Subventionsverträge.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu und anerkennt die Arbeit dieser drei Institutionen. Per Saldo sind die Subventionen zwar höher, aber eine gesamthafte Würdigung der Situation lässt diese Erhöhung zu. In die Waagschale fällt vor allem die Bedeutung der Institutionen für Winterthur, wie das beim Verein LMK der Fall ist. Speziell zu erwähnen

ist auch die Bedeutung des Theaters Katerland / bravebühne für Kinder und Jugendliche oder die Ausstrahlung der Fotostiftung über die Stadt Winterthur hinaus.

M. Stauber (Grüne/AL): Selbstverständlich schätzt auch die Grüne/AL-Fraktion das vielfältige kulturelle Angebot in Winterthur und stimmt den Subventionsverträgen zu – nachdem sogar SVP und FDP zugestimmt haben. Insgesamt werden 445'000 Franken pro Jahr gesprochen, davon werden aber bereits heute 300'000 Franken von der Stadt bezahlt – teilweise in anderer Form und über ein anderes Konto. Die Kosten erhöhen sich damit um rund die Hälfte für diese drei Institutionen. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt Zustimmung.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrates und empfiehlt die Subventionsverträge in der vorliegenden Form anzunehmen. Zu erwähnen ist die Umwandlung des Standortbeitrages in einen Subventionsbeitrag im Fall der Fotostiftung. Der neue Vertrag beinhaltet auch eine Leistungsvereinbarung. Das ist sinnvoll. Das Theater Katerland / bravebühne ist ein Theater, das nicht nur in Winterthur, sondern auch auswärts auftritt. Das ist Werbung für die Stadt. Die Die EVP/EDU/GLP-Fraktion bittet um Zustimmung.

Stadtpräsident E. Wohlwend bedankt sich für die allgemeine Zustimmung zu den Anträgen und für das Referat von P. Kyburz. Damit trägt der Gemeinderat den sehr bescheidenen Anträgen Rechnung.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit hat der Rat die Subventionsverträge der drei genannten Institutionen bewilligt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2009/103: I. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur (Finanzhaushaltverordnung) vom 31. Oktober 2005

R. Harlacher (CVP): Der I. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt regelt insbesondere die Einführung von WOV in der Volksschule. Diese Einführung ist erst jetzt möglich, weil die Umsetzung des Volksschulgesetzes abgewartet werden musste. Es wird Änderungen an bestehenden Produktgruppen geben, insbesondere die Produktgruppen Schuldienst und Famex wird es in dieser Form nicht mehr geben. Vier neue Produktgruppen werden eingeführt: Die Produktgruppe Volksschule liegt in der Verantwortlichkeit der Zentralschulpflege. Die zweite Produktgruppe ist die Sonderschulung. Auch diese liegt in der Verantwortung der Zentralschulpflege. Die dritte Produktgruppe betrifft die familienunterstützenden Angebote, die in der Verantwortlichkeit des Departements Schule und Sport (DSS) liegen. Die vierte Produktgruppe ist die Gruppe Berufsbildung, diese liegt in der Verantwortlichkeit der Aufsichtskommission MSW beziehungsweise bei der Kommission Berufsvorbereitungsjahr. Insbesondere bei den Produktgruppen Volksschule und Sonderschulung sind neu Behörden in der Verantwortung.

Am Beispiel der Volksschule ist ersichtlich, wie die Gremien vor der Einführung von WOV funktioniert haben. Auf der untersten Ebene sind die Kreisschulpflegen, welche die die Ziele umsetzen, das heisst sie haben die operative Führung in den entsprechenden Kreisen. Die Zentralschulpflege legt die Ziele fest und ist für die strategische Führung verantwortlich. Stadt- und Gemeinderat entscheiden über Anträge und wirken beratend mit. Mit der Einführung von WOV wird der Gemeinderat die Ziele für die Schule festlegen. Die bestehenden Strukturen mit Kreisschulpflege, Zentralschulpflege und Stadtrat bleiben erhalten. Neu wird der Gemeinderat nicht nur entscheidend und beratend über die Anträge der Zentralschulpflege befinden, sondern auch über die Produktgruppen und Produkte die Ziele festlegen. Das ist insofern neu, weil eine Behörde verantwortlich ist für die Umsetzung und der Gemeinderat noch nicht über Erfahrungswerte verfügt. Das heisst, es zeichnet sich ein Kon-

fliktpotential ab. Wie die gemeinsame Aufgabe in der Praxis aussieht, wird sich weisen. Wichtig ist, dass die Zusammenarbeit zwischen dem DSS und den entsprechenden Behörden sehr gut funktioniert. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hat den Nachtrag mit 6 zu 0 Stimmen angenommen. Die Kommission hat einen Änderungsantrag in der Produktegruppe familienunterstützende Angebote eingebracht. Die Reihenfolge der Produkte wurde geändert. Die CVP-Fraktion steht hinter diesem Nachtrag und empfiehlt WOV für die Volksschule einzuführen.

St. Schär (SVP): Auch die SVP steht hinter diesem Antrag des Stadtrates. Einzig das Konfliktpotential zwischen der Kreisschulpflege, der Zentralschulpflege und dem Gemeinderat verursacht der SVP Bauchweh. Es ist unsicher, wie diese Zusammenarbeit funktionieren soll. Das Problem wurde in der Kommission angesprochen. Die Antwort lautete: Wenn ein solcher Fall eintritt, wird man sehen, was dann konkret geschehen soll. Die SVP ist gespannt, wie das funktioniert.

M. Stauber (Grüne/AL): WOV-Schule ist der populäre Name dieses Nachtrags zur Verordnung über den Finanzhaushalt. Vor drei bis vier Jahren wurde der grösste Teil der Stadtverwaltung in WOV überführt. Jetzt sollen auch Volks- und Sonderschulen nach WOV-Prinzipien funktionieren. Weil der Nachtrag vor allem die Schule betrifft, war die BSKK für die Vorberatung zuständig. In der Kommissionsberatung ist zum Ausdruck gekommen, warum diese Überführung länger gedauert hat. Begründet wurde das mit der Tatsache, dass sich der Gemeinderat in die Zielsetzung einmischt. Zum Teil hat sich der Gemeinderat schon vor der Einführung von WOV eingemischt – ein Beispiel ist die Einführung von Tagesschulen. Die vorgeschlagenen Zielsetzungen gehen aber weiter. Die zweistufige Schulbehörde bildet dabei die andere Seite. Diese Behörden werden wie der Gemeinderat vom Volk gewählt. Bei Meinungsverschiedenheiten wird sich die Frage stellen, welche Beschlüsse gehen vor – die der Schulbehörden oder die des Gemeinderates. Es gibt im Kanton Zürich relativ wenige Gemeinden, die WOV für die Schulen eingeführt haben. Die Stadt Uster ist eine davon. In Uster wird aber mit einer einstufigen Schulbehörde gearbeitet. M. Stauber ist gespannt, wie WOV in der Schule funktionieren wird. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Nachtrag zu.

F. Helg (FDP): Auch die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Nachdem die Stimmberechtigten WOV deutlich gutgeheissen haben, gibt es keinen Grund zurückzukrebsen. Die Vorlage bringt einerseits Anpassungen in den verschiedenen Produktegruppen und andererseits die Einführung von WOV im Bereich der Schule. Die erwähnten Besonderheiten sind zu beachten. Die Zuständigkeiten liegen nicht immer beim Stadtrat, sondern bei den entsprechenden Aufsichtsgremien. Das ist nicht nur die Zentralschulpflege, sondern kann auch die Aufsichtskommission Berufsvorbereitungsjahr und die Aufsichtskommission MSW sein. Hier kann es durchaus zu Konflikten kommen. Das muss man sehr genau im Auge behalten. F. Helg erinnert daran, dass es auch unter der alten Rechnungsstruktur im Schulbereich zu Konflikten gekommen ist. Umso mehr könnte es harzen, wenn Budget und Rechnung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Diskussion hat aber gezeigt, dass alle sensibilisiert sind. Deshalb ist F. Helg optimistisch, dass auch im Schulbereich mit WOV gut gestartet werden kann.

Ch. Baumann (SP): Auch die SP unterstützt diese Vorlage. Auf die Umsetzung in der Praxis ist die SP aber gespannt. Insbesondere wird sich der Gemeinderat bei Budget- oder Rechnungsberatungen mit Mitgliedern der Zentralschulpflege auseinandersetzen und nicht mehr mit den Mitarbeitenden aus der Verwaltung. Das wird sicher spannend. Es ist zu hoffen, dass mit diesen Gesprächen auch gewisse gemeinsame Ziele für die Stadt geklärt werden können. Die SP hat immer wieder bemängelt, dass in Winterthur in den 7 Kreisen Einzellösungen angestrebt wurden. An manchen Orten macht es aber Sinn, einheitliche Lösungen zu finden. Vielleicht bieten diese Änderungen neue Möglichkeiten. Die SP ist gespannt, wie es weiter geht.

Stadträtin P. Pederngana dankt für die gute Aufnahme des Geschäftes und für die sorgfältige Einführung von R. Harlacher in die Neuerungen, die mit WOV in den Schulen möglich werden. Stadträtin P. Pederngana ist gespannt wie der Gemeinderat die neuen Möglichkeiten und Kompetenzen nutzen wird. Der Gemeinderat ist mit WOV berechtigt, Ziele für die Volksschule zu definieren. Im Volksschulgesetz ist das aber nicht vorgesehen. Es ist auch nicht vorgesehen, dass im Schulbereich WOV eingeführt wird und dass das Parlament damit Definitionsmacht erhält. Das Führungsproblem in Winterthur ist bekannt. Mit der Schulbehördenreorganisation wurde nichts daran geändert, dass die Kreisschulpflegen selber entscheiden können und die Zentralschulpflege nicht weisungsberechtigt ist. Damit, dass der Gemeinderat ebenfalls Ziele setzen kann, sind die Möglichkeiten, dass es zu Kompetenzstreitigkeiten kommen wird, grösser geworden. Die Stadträtin ist aber zuversichtlich, dass diese Probleme bewältigt werden können. Diese Zuversicht wird genährt durch die Einführung der freiwilligen Tagesschulen. Der Gemeinderat hat festgelegt, dass in Winterthur Tagesschulen flächendeckend eingeführt werden sollen. Die Zentralschulpflege und die Kreisschulpflegen setzen diesen Entscheid mit grossem Ernst um. Stadträtin P. Pederngana hofft, dass in anderen Fällen die Schulbehörde ähnlich reagiert.

Der Stadtrat schliesst sich dem Änderungsantrag der BSKK an.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein anderslautender Antrag gestellt. Der Gemeinderat hat somit den I. Nachtrag zur Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur genehmigt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2009/102: Gewährung eines jährlich wiederkehrenden Beitrages an die Stadtjugendmusik Winterthur für die Jahre 2009 – 2013

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst die Mitglieder der Stadtjugendmusik und bedankt sich für das schöne Konzert.

Ch. Baumann (SP): Mit dieser Weisung will der Stadtrat die Beiträge an die Stadtjugendmusik für die Jahre 2009 bis 2013 festlegen und sich die Möglichkeit offen halten, diese um 4 Jahre zu verlängern. Ch. Baumann dankt den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtjugendmusik für das Konzert. Er bedankt sich auch bei Herrn Benz für die Auskünfte in der Vorbesprechung und in der Kommission. Das hat den einstimmigen Entscheid in der Kommission erleichtert. Die Stadtjugendmusik teilt sich in zwei Bereiche – in Tambouren und Bläser. Dadurch entstehen zwei verschiedene Korps. Grundsätzlich ist aber der Gedanke gemeinsam zu musizieren. Das schlägt sich auch beim Üben nieder. Die Leute üben in Gruppen. Ein wesentlicher Teil sind die Auftritte. Zum Angebot gehört es auch an regionalen oder nationalen Wettbewerben als Korps teilzunehmen. Man muss zwischen den Angeboten für Tambouren und Bläser unterscheiden. Die Tambouren erlernen das Instrument in der Stadtjugendmusik. Es gibt kein anderes Angebot, das diesen Teil abdecken könnte. Deshalb ist der Beitrag für die Tambouren höher angesetzt als für die Bläser. Die Schüler werden langsam aufgebaut und in verschiedenen Gruppen unterrichtet bis sie im Korps in der Tambouren-Formation mitspielen können. Dort wird wöchentlich zweimal zwei Stunden intensiv geprobt. Unterrichtet werden die Tambouren von eigenen Leuten, die im Besitz des eidgenössischen Lehrerdiplooms sind. Die Bläser erlernen ihr Instrument nicht in der Stadtjugendmusik sondern an der Jugendmusikschule Winterthur. Wenn sie ihr Instrument beherrschen, können die Jugendlichen ins Korps übertreten. Auch die Bläser proben gemeinsam – momentan sind es 90 Minuten pro Woche.

Bis ins Jahr 2007 hat der Verein Stadtjugendmusik 105'000 Franken an Beiträgen von der Stadt erhalten. Aufgrund schwindender Mitgliederzahlen hat die Stadtjugendmusik 2008 die Zusammenarbeit mit der Jugendmusikschule Winterthur gesucht. Ziel war es, das Angebot

zu erhalten. Es hat sich schnell gezeigt, dass die verschiedenen Musikschulangebote nicht zusammenpassen. Der Korpsgedanke mit der Betonung der Geselligkeit und das uniformierte Spiel der Tambouren haben nicht in die Jugendmusikschule gepasst. Man hat sich entschlossen getrennte Wege zu gehen. Aufgrund dieser Tatsachen hat der Stadtrat eine neue Weisung vorgelegt. Er beantragt einen Beitrag an den Verein zu gewähren und zwar: 1. a) einen fixen Beitrag von 25'000 Franken pro Jahr, b) einen erfolgsabhängigen Beitrag von 1'300 Franken pro Tambourenschülerin oder Schüler und 430 Franken pro Mitglied des Blasmusikkorps. Für das Jahr 2009 ergibt das einen Gesamtbeitrag von 53'490 Franken. Die Kommission hat die Regelung, dass ein fixer Beitrag geleistet wird und ein Beitrag pro Schülerin oder Schüler als gutes Steuerungsinstrument begrüsst. Sie stimmt auch dem Antrag zu, dass der Stadtrat ermächtigt wird, diese Beiträge einmal um 4 Jahr zu verlängern. Die SP ist der Meinung, dass sich die Stadtjugendmusik für die musikalische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen einsetzt. Es handelt sich um einen Teil des Angebots in der Musikförderung. Dieses Angebot wird von einigen Jugendlichen mit grossem Engagement genutzt. Die SP beantragt diese Vorlage zu unterstützen.

M. Stauber (Grüne/AL) bedankt sich für den musikalischen Auftakt vor der Abendsitzung. Er hatte vor Jahrzehnten das Vergnügen sich eine musikalische Grundbildung in der Stadtjugendmusik anzueignen. Dabei hat er gelernt Noten zu lesen, ein Instrument zu spielen und im Orchester mit anderen zusammenzuspielen. Die Qualität der Ausbildung war damals gut und es ist anzunehmen, dass das auch heute der Fall ist. Die Subvention für die Leistung der Stadtjugendmusik ist vernünftig, insbesondere die Aufteilung in einen Fixbeitrag und einen Beitrag, der von der Anzahl der Mitglieder abhängig ist. Das bedeutet, dass dieser Beitrag tendenziell eher abnehmen wird, weil auch die Stadtjugendmusik vom wachsenden Freizeitangebot Konkurrenz erhält. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem stadträtlichen Antrag zu.

R. Harlacher (CVP): Wer heute die Stadtjugendmusik spielen gehört hat, kann nicht anders als diesem Beitrag zuzustimmen. In diesem Sinn wird die CVP-Fraktion die stadträtlichen Anträge annehmen.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den stadträtlichen Antrag. Die Ratsmitglieder konnten heute Abend erleben wie gut die Schülerinnen und Schüler der Stadtjugendmusik ausgebildet sind. Gerade mit dem Beitrag der pro Schülerin oder Schüler gewährt wird, wurde ein gutes Instrument geschaffen, um die Höhe der Beiträge zu steuern. Auch der Elternbeitrag ist nicht zu verachten. Jedes Mitglied bezahlt pro Semester bei den Bläsern 100 Franken und bei den Tambouren 565 Franken. Die Eltern tragen damit dazu bei, dass junge Menschen etwas lernen und einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen können.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): Die Die EVP/EDU/GLP-Fraktion schliesst sich dem stadträtlichen Antrag mit Freuden an. Eine musikalische Grundbildung gehört zu einer Ausbildung. Die Fraktion unterstützt den Beitrag nicht zuletzt deshalb, weil die Stadtjugendmusik zusammen mit der Jugendmusikschule Winterthur und der Musikschule Prova ein bewährtes Team bildet um junge Leute an einem Musikinstrument auszubilden, was ganz allgemein als Jugendförderung betrachtet werden kann.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Die Stadtjugendmusik kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Sie ist die einzige Institution, die Bläser und Tambouren ausbildet und nimmt deshalb in Winterthur eine wichtige Stellung ein. Die Kommission konnte sich aus erster Hand über die Stadtjugendmusik informieren. Es war eindrücklich zu hören mit wie viel ehrenamtlichem Engagement gearbeitet wird. Deshalb ist es wichtig diese Arbeit anzuerkennen. F. Helg dankt für das Konzert heute Abend. Schade ist, dass dieses Engagement nicht zu einer höheren Mitgliederzahl geführt hat. Das liegt aber einfach am Zeitgeist. Der Subventionsbeitrag trägt dem Mitgliederbestand Rechnung. Dieser Beitrag ist gut investiertes Geld.

Stadträtin P. Pederngana entschuldigt sich, dass sie am Konzert nicht dabei sein konnte. Sie hatte in der Ratspause eine Sitzung. Die Stadträtin hat die Stadtjugendmusik bei der Eröffnung des Weihnachtsmarktes gehört und sie hat das Konzert genossen. Sie dankt allen für die gute Zusammenarbeit bei der Entstehung dieser Weisung. Aufgrund dieser Zusammenarbeit konnte ein ausgewogener Antrag an den Gemeinderat gestellt werden. Die Stadträtin freut sich, dass es die Stadtjugendmusik gibt, dass sie gute Musikförderung leistet und dass sie im Gemeinderat soviel Sympathie genießt. Sie dankt dem Gemeinderat für die Unterstützung des Kreditantrags.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein anderslautender Antrag gestellt, damit ist der jährlich wiederkehrende Beitrag an die Stadtjugendmusik für die Jahre 2009 bis 2013 genehmigt.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2007/077: Antrag und Bericht zum Postulat R. Schürmann (CVP), F. Helg (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend privatrechtliche Trägerschaft für das Theater Winterthur

K. Brand (CVP): Die CVP bedankt sich für die ausführliche Beantwortung des Postulats. Der Umfang der Postulatsantwort ist zwar überdurchschnittlich und es sind umfangreiche Abklärungen vorgenommen worden. Trotzdem vermag die Antwort nicht ganz zu befriedigen. Die Postulanten und Postulantinnen haben sich mehr erhofft. Eine Auslegeordnung wurde zwar vorgenommen, die Schlüsse daraus sind leider nicht in der erwarteten Richtung erfolgt. Der Stadtrat war sich offensichtlich von Anfang an klar darüber, dass eine Privatisierung nicht in Frage kommen kann und darf. So wie die Strukturen heute sind, sollen sie auch in Zukunft bleiben. Dass das Winterthurer Stadttheater auch mit einer privatrechtlichen Trägerschaft übersichtlich, gut eingespielt und klar strukturiert sein kann, ist klar. Demzufolge ist das Theater nicht von der heutigen Form abhängig. Mit einer privaten Trägerschaft hätte das Stadttheater neben den zwei Kernaufträgen, Theateraufführungen zu veranstalten und das Haus an spielfreien Tagen zu vermieten, sicher auch einen weiteren Auftrag zu erfüllen, nämlich den der Kostendeckung. Gerade dieser Punkt ist eine entscheidende Frage dieses Postulats und wurde in der Antwort zu wenig in die Gesamtbetrachtung mit einbezogen. Zwar wurden Gespräche mit unterschiedlichen privatrechtlichen Trägerschaften geführt, die Resultate sind leider nicht einsehbar. Demzufolge sind keine klaren Rückschlüsse auf die Vor- und Nachteile möglich. Dass das Stadttheater auch in Zukunft bei geänderter Form seine Freiheiten hätte, davon ist auszugehen. WOV allein vermag die positiven Aspekte einer privatrechtlichen Lösung nicht aufzuwiegen. Die CVP hätte sich vom Stadtrat einen mutigeren Entscheid erwartet. Grundsätzlich muss man sich die Frage stellen: Ist es Kernaufgabe der Stadt ein Theater zu führen? Darüber sind die Meinungen in diesem Saal sicher bereits gemacht. Ein mutiger Schritt in die von der CVP erwartete Richtung hätte auch personelle und finanzielle Ressourcen für wichtigere Aufgaben der Stadt freisetzen können. Aus diesen Gründen nimmt die CVP das Postulat im ablehnenden Sinn zur Kenntnis.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und stellt den Antrag, die Postulatsantwort ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. An dieser Stelle dankt F. Helg auch der Theaterleitung, die einen vielseitigen Spielplan ausgearbeitet hat. Die FDP anerkennt, dass das für ein Gastspielhaus nicht einfach ist, weil weit im Voraus geplant werden muss. Im Mittelpunkt steht für die FDP aber das Subsidiaritätsprinzip. Was ein Privater kann, muss nicht ein Gemeinwesen übernehmen – das ist sogar in der Kantonsverfassung verankert. Deshalb ist diese Antwort zaghaft und wenig mutig. Der Stadtrat schreibt, dass städtische Theaterbetriebe die Ausnahme sind und sich die Vor- und Nachteile aufwiegen. F. Helg greift einige Punkte aus der Antwort auf. Künstlerisches Angebot: Mit einer privaten

Trägerschaft wäre das Theater flexibler und könnte rascher reagieren. Der Stadtrat schreibt selber, dass es zu blockierenden Vorgängen kommen kann. Personal: Die Sicht des Stadtrates ist schwarz-weiss – eine städtische Anstellung ist gut, eine privatrechtliche nicht. So kann man das nicht sehen. Finanzen: Auch hier äussert sich der Stadtrat sehr pessimistisch. Wieso kann ein Gastspielbetrieb nicht auch Sponsoren finden? Es vielmehr so, dass niemand die Stadt Winterthur sponsert. Für einen privaten Betrieb liegt das aber durchaus im Bereich des Möglichen. Die Antwort macht etwas den Eindruck, dass der Stadtrat von Anfang an das Ziel hatte, eine abschlägige Antwort zu schreiben. Auch deshalb kann die Antwort nicht ganz befriedigen.

Ch. Kern (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort. Was als typisch schweizerische Antwort empfunden wird, ist die Auflistung warum eine Privatisierung in Winterthur nicht geht, obwohl das in der ganzen Schweiz möglich ist. Die SVP unterstützt den Antrag der FDP auf nicht positive Kenntnisnahme der Postulatsantwort. Ch. Kern bittet die Ratsmitglieder diesen Antrag zu unterstützen.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und ist ebenfalls der Meinung, dass weder viel gespart werden könnte durch eine privatrechtliche Trägerschaft noch Verbesserungen zu erwarten wären. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass sich die Vor- und Nachteile die Waage halten. Als Gemeinwesen darf Winterthur ein Theater haben, das einen internationalen Ruf hat. Darauf soll man als Winterthurer stolz sein. Zu einem späteren Zeitpunkt kann durchaus über Veränderungen nachgedacht werden. Im Moment sieht die EVP/EDU/GLP-Fraktion keine Gründe für eine Privatisierung.

P. Kyburz (SP): Die SP-Fraktion nimmt die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat für die detaillierte Antwort. Es ist tatsächlich so, dass nur wenige Kulturbetriebe als Regiebetrieb einer Verwaltung organisiert sind. Es gibt aber namhafte Ausnahmen – zum Beispiel das Theater am Hechtplatz in Zürich. Der Erfolg oder Misserfolg des Theaters ist nicht von seiner Rechtsform abhängig. Deshalb ist die Frage nach der Rechtsform nicht die Wesentlichste. Die aktuelle Rechtsform hat Vor- und Nachteile. Die SP-Fraktion sieht zurzeit keine Veranlassung an dieser Rechtsform etwas zu ändern. Falls man mittelfristig zusammen mit der neuen Theaterleitung strukturelle und inhaltliche Diskussionen führen und zum Schluss kommen würde, die heutige Rechtsform sei hinderlich, wären Änderungen durchaus möglich. Jetzt soll man aber den inhaltlichen Forderungen, die an das Theater gestellt werden, nachgehen. Was im Votum der CVP erstaunt hat, ist die Frage, ob das Theater eine Kernaufgabe ist oder nicht. Ein Theater in Winterthur gehört zu den Kernaufgaben. Die SP-Fraktion sagt Ja zum Theater und sie wird Nein sagen zu allen versteckten Sparvorlagen. Eine andere Rechtsform führt nicht automatisch zu weniger Kosten. Was nicht geht, ist eine Schlechterstellung des Personals. Die inhaltlichen Fragen sind für das Theater Winterthur entscheidend, nicht die Rechtsform.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Die Ratsmitglieder täuschen sich, wenn sie den Eindruck haben der Stadtrat habe dieses Postulat mit einer vor gefassten Meinung entgegengenommen. Wie aus der Antwort zu entnehmen ist, hat der Stadtrat die Vor- und Nachteile analysiert. Nach seriösen Abklärungen hat der Stadtrat festgestellt, dass das Theater Winterthur einsam und allein in der Landschaft steht. Es konnte kein Betrieb gefunden werden, der dem Theater wirklich gleicht. Die Theaterbetriebe in anderen Städten sind entweder kleiner oder sie haben andere Spezialitäten. Ein Gastspielbetrieb dieser Grösse ist einmalig. Deshalb ist ein Vergleich ausserordentlich schwierig. Es ist eine Illusion zu glauben, das Theater würde mit einer anderen Rechtsform weniger Kosten verursachen. Stadtpräsident E. Wohlwend hat von Amtes wegen Einsitz in vielen kulturellen Institutionen. Davon sind einige stark fremdfinanziert. Das Fotomuseum ist ein Beispiel. Dieses Museum ist zu 75 % fremdfinanziert. Das Budget für das Jahr 2010 beläuft sich auf 800'000 Franken, davon sind 300'000 Franken an Sponsorenbeiträgen noch nicht eingegangen. Der Markt ist sehr hart.

Die Ratsmitglieder kennen dieses Geschäft nicht, wenn sie glauben, dass hier viel Geld zu holen ist. Wenn Sponsoren Geld geben, dann wollen sie eine Inszenierung sponsern und auch als Sponsoren genannt werden. Aus der Arbeit in diesen Institutionen weiss der Stadtpräsident worauf er achten muss, wenn Sponsorengelder benötigt werden. Zudem müssen noch andere Bedingungen erfüllt werden – die Sponsoren wollen zum Beispiel ihre Kunden zu den Theatervorstellungen einladen. Das ist in einem Theater, das die Stücke vielleicht zwei oder dreimal spielt, nicht möglich. Einsparungen bei den Löhnen wäre eine weitere Möglichkeit. Damit käme das Theater Winterthur aber in Konflikt mit den Personalverbänden. Die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen am Schauspielhaus haben das gezeigt. Das Theater Winterthur hat zudem einen Bildungsauftrag. Zwei bis drei Vorstellungen werden jeweils in Französisch oder in Englisch aufgeführt. Das wird es nach einer Änderung der Rechtsform nicht mehr geben, weil zu wenig Besucherinnen und Besucher zu erwarten sind. Die Ratsmitglieder dürfen auch nicht vergessen, dass sie mit dem WOV-Betrieb über Steuerungsmöglichkeiten verfügen. Nach einer Privatisierung wird das nicht mehr der Fall sein. Der Gemeinderat könnte dann allenfalls über den Leistungsvertrag entscheiden. Deshalb ist die aktuelle Lösung für das Theater Winterthur richtig. Wenn der Stadtrat Gründe für eine Privatisierung gefunden hätte, dann hätte er dieser Lösung zugestimmt.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag das Postulat im ablehnenden Sinn zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

Der Rat stimmt mit 29 zu 28 Stimmen für die Kenntnisnahme im zustimmenden Sinn.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2007/095: Antrag und Bericht zur Motion U. Böni (SP) betreffend Investition in Anlagen zwecks Produktion erneuerbarer Energien

U. Böni (SP): Vor mehr als zwei Jahren wurde diese Motion eingereicht. Seit einigen Jahren hat U. Böni als Mitglied der Kommission Bau und Betriebe (BBK) die Geschäftstätigkeit von Stadtwerk Winterthur mitverfolgt. Stadtwerk Winterthur ist ein seriöser Betrieb, vielleicht in den vergangenen Jahren etwas zu konservativ, eher träge in Bezug auf erneuerbare Energien und wenig innovativ. Abgesehen von Kleinkraftwerken war Stadtwerk kaum im Bereich erneuerbarer Energien tätig. Mit dieser Motion wollte U. Böni – auch im Namen der SP-Fraktion – dieses Thema vertieft angehen und damit konkrete grössere Investitionen auslösen. Der Stadtrat hat den Ball aufgenommen, vor allen weil mit dem Strommarktgesetz einiges neu zu beurteilen ist und die Eigenproduktion von Strom auch für Stadtwerk Winterthur überlebenswichtig werden wird. In den letzten zwei Jahren hat sich im Bereich Energiepolitik vieles verändert. Die Stadt Zürich hat sich mit über 76 % Ja Stimmen für die Ziele der 2000 Watt Gesellschaft ausgesprochen. Im Mai dieses Jahres haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Zürich mit 80,4 % Ja Stimmen für einen 200 Millionen Rahmenkredit für Investitionen in Windenergieanlagen ausgesprochen.

Die SP-Fraktion unterstützt Bestrebungen, die zu einer Reduktion des CO²-Austosses beitragen und sie unterstützt die Ziele der 2000 Watt Gesellschaft. Die SP-Fraktion unterstützt auch eine nachhaltige und langfristige Geschäftspolitik von Stadtwerk, wenn diese der Förderung erneuerbarer Energien dient und auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte aus Atomkraftwerken verzichtet. Die SP unterstützt und fordert Bestrebungen im Stromgeschäft Allianzen zu bilden und ist im Konkreten mit der Aussage nicht einverstanden, dass die Standortsuche in der Schweiz eingestellt wird. Ebenso teilt die Fraktion die Aussage zur Strom erzeugenden Energiegewinnung durch Solaranlagen nicht ganz. Gerade der Vergleich bezüglich sozusagen CO² freier Produktion aus Wasser- und Atomkraft hinkt. Pumpkraftwerke pumpen kaum mit Strom aus erneuerbaren Quellen. In Bezug auf die Atomkraft ist der Vergleich allgemein sehr umstritten. Dennoch dankt die SP-Fraktion dem Stadtrat und nimmt im zustimmenden Sinn Kenntnis. Ocean Breeze ist ein erster Schritt in die rich-

tige Richtung. Die SP unterstützt dieses Projekt. Langfristig dient es der eigenen Stromproduktion, ökologisch ist die Investition nicht zu hinterfragen, weil damit der globalen Erderwärmung entgegengewirkt werden kann. Aber lokale Produktionsanlagen – auch mit entsprechender finanzieller Förderung – müssen dringend folgen. Die SP wird in dieser Beziehung die Wahlversprechen der SVP und der FDP genau prüfen. Gerade Winterthur hat gute Chancen, auch im Sinne der Schaffung von Arbeitsplätzen, aktiv mitzuwirken. Die SP-Fraktion erwartet gespannt die Weisung zum Rahmenkredit über 30 Millionen und nimmt diese Antwort quasi als Versprechen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion nimmt Bericht und Antrag im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Antworten sind einleuchtend. Es macht nicht viel Sinn in Winterthur Windräder aufzustellen. Die bereits vorhandenen Windräder bilden ein wichtiges psychologisches Moment. Aber zur eigentlichen Stromproduktion sind sie nicht sehr geeignet. Mit Ocean Breeze hat die Stadt ein gutes Projekt in der Pipeline. Die Grüne/AL-Fraktion ist überzeugt, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer mindestens so intelligent sind wie die Zürcherinnen und Zürcher und deshalb dem Projekt zustimmen werden. Mit dem geplanten Rahmenkredit von 30 Millionen kann der Gemeinderat dem Stadtrat und Stadtwerk ein wichtiges Instrument in die Hand geben, mit dem in Zukunft rasch Investitionen getätigt werden können. Die Motion ist sozusagen erfüllt. In diesem Sinn unterstützt die Grüne/AL-Fraktion den Stadtrat und stimmt den Anträgen zu.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Absichten und Bemühungen im Bereich erneuerbare Energie. Die Ausführungen über die lokale Nutzung von Windkraft hat die Fraktion bereits im Rahmen des Projekts Ocean Breeze zur Kenntnis genommen. In der Schweiz ist das Potential von Windkraft sehr begrenzt. Stadtwerk ist gewillt in Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien zu investieren. Es ist nicht ganz einfach sinnvolle und wirtschaftliche Projekte zu finden. Der Strombedarf kann nicht ausschliesslich mit lokal produzierter Elektrizität gedeckt werden. Im Rahmen der Diskussion über das Projekt Ocean Breeze hat die Die EVP/EDU/GLP-Fraktion erwähnt, dass ein Engagement für erneuerbare Energien im Ausland die Förderung im lokalen Bereich nicht ausschliessen soll. Im Moment ist es unklar, wie es weiter gehen soll. Die Absichten von Stadtwerk wurden leider von der politischen Realität eingeholt. Die EVP / EDU / GLP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates im zustimmenden Sinn zur Kenntnis und unterstützt den Antrag die Motion als nicht erheblich zu erklären.

J. Heusser (FDP): Die FDP unterstützt grundsätzlich den Einsatz von erneuerbaren Energien. Aber die Produktion soll in der Schweiz erfolgen – noch lieber in Winterthur und Umgebung. Es geht aber nicht nur um Strom sondern auch um Heizungen, Warmwasser etc. Erneuerbare Energien können durch Windkraft, Holz, Solarenergie, Fotovoltaik etc. erzeugt werden. Dass das ohne Bevorschussung und Subventionierung nicht möglich ist, das ist klar. Stadtwerk soll in dieser Richtung weiter gehen. Ein guter Anfang ist gemacht, auch wenn einige Projekte umstritten sind. Trotzdem muss die Stadt in erneuerbare Energien investieren. Die FDP-Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und stimmt den Anträgen zu. Wie im Bericht und in der Weisung zur Beteiligung am Windpark Ocean Breeze aufgezeigt wird, gibt es praktisch keine Möglichkeiten sich in der Schweiz an einem Windpark zu beteiligen. Somit verbleibt die Beteiligung an Solarenergieanlagen. Die Sonne ist die grösste Energiequelle und das Potential ihrer Nutzung ist noch lange nicht ausgeschöpft. Vor allem die solarthermische Nutzung ist in Bezug auf den CO²-Ausstoss und die Ökonomie interessant. Solche Anlagen können auch regional erstellt werden und beleben die regionale Wirtschaft. Mit dem Rahmenkredit von 30 Millionen sollen die Nutzung von Solarenergie und regionale Projekte unterstützt werden.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den detaillierten Bericht und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Die Windenergie kann in der Region Winterthur leider nur beschränkt genutzt werden. Die Stadt Winterthur soll sich finanziell nicht an Grossprojekten beteiligen, vor allem nicht im Ausland. Leider sind die Fotovoltaikanlagen noch sehr teuer. Deshalb ist es sinnvoll kleinere Anlagen zu fördern. Mit der neuen Dünnschichttechnik und der Vergrösserung des Marktes kann die Fotovoltaik in Zukunft einen grösseren Teil des Energiebedarfs abdecken. Es ist zu begrüßen, dass der Stadtrat mit dem Energie-Contracting Solarthermie oder Fotovoltaikanlagen fördert und geeignete Objekte sucht, die zusammen mit Privaten realisiert werden können. Wie im Bericht aufgelistet, sind in den vergangenen Jahren viele kleinere Anlagen zur Gewinnung von erneuerbarer Energie realisiert worden. Die SVP hofft, dass noch weitere Anlagen in Winterthur installiert werden. Im Bereich Solar- oder Windenergie können zurzeit in der Region aber keine Grossanlagen gebaut werden.

Stadtrat M. Gfeller: Wenn man von Sonnenenergie spricht, sind drei verschiedene Formen zu unterscheiden, die auch unterschiedlich zu beurteilen sind. Die Fotovoltaik wird bereits relativ lange eingesetzt, vor allem in Regionen ohne Stromnetz, wie zum Beispiel in Berghöhlen. Die Fotovoltaik benötigt aber für die Erstellung der Solarzellen einen hohen Energieaufwand. Deshalb ist diese Technologie teuer und die CO²-Bilanz ist zwar besser als beim Strom aus Gas- oder Kohlekraftwerken. Sie ist aber deutlich schlechter als bei der Stromerzeugung durch Wasserkraft oder Windenergie. Man kann die Sonnenenergie aber auch für die Aufbereitung von Warmwasser nutzen. Diese Nutzung wird über den Klimafond von Stadtwerk gefördert. Eine weitere Nutzung wird in Zukunft zunehmend interessanter. In Südeuropa wird mittels Sonnenenergie und Paraboltechnologie Wasser oder Öl so hoch erhitzt, dass Strom erzeugt werden kann. Bei solchen Anlagen entfällt die aufwändige Herstellung der Fozellen und es wird wesentlich weniger CO² produziert. Damit ist aber auch eine Parallele zur Windenergie gegeben. Windenergieanlagen sind sinnvoll in Nordeuropa und für die Stromerzeugung durch Sonnenenergie ist die Situation in Südeuropa ideal. Was ist daran so schlecht, wenn Winterthur im Ausland in erneuerbare Energien investiert? Die SBB besitzen ein französisches AKW und es kräht kein Hahn danach, dass Geld in die Electricité de France fliesst. Warum soll nicht auch für erneuerbare Energie Geld in den Nachbarländern investiert werden? Stadtrat M. Gfeller wartet noch immer darauf, dass ihm jemand erklärt, was an diesen Investitionen so schlecht sein soll.

Auf Seite 5 der Weisung legt der Stadtrat seine Absicht dar ca. 30 Millionen als Rahmenkredit für Investitionen in erneuerbare Energie zu beantragen. Dabei geht es nicht nur um Windenergie, sondern auch um Solartechnologie oder um Geothermie. Diese Techniken werden kommen und müssen im Auge behalten werden. Deshalb ist ein Rahmenkredit sinnvoll. Der Stadtrat hat versprochen, dass die Weisung zum Rahmenkredit im zweiten Halbjahr 2009 dem Gemeinderat vorgelegt wird. Das wird aber erst im ersten Halbjahr 2010 der Fall sein. Stadtrat M. Gfeller verspricht, dass mit diesen 30 Millionen nicht nur Investitionen im Ausland getätigt werden. Auch in der Schweiz wird der Stadtrat nach Möglichkeiten suchen und Allianzen knüpfen. Es gibt mindestens drei Standbeine – nämlich Solarenergie, Windkraft und Geothermie – die weiterentwickelt werden müssen, damit eine stabile Basis der Stromerzeugung entstehen kann. Die Eigenversorgung von Stadtwerk Winterthur ist mit 13 % sehr schlecht. Die meisten mittleren und grösseren Städte in der Schweiz sind wesentlich besser gestellt. Die Stadt muss deshalb nach Möglichkeiten im In- und Ausland Ausschau halten. Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Aufnahme des Berichts.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde kein anderslautender Antrag gestellt. Der Rat hat damit die Motion im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen, sie nicht erheblich erklärt und damit als erledigt abgeschrieben.

Statistik: 6 Geschäfte und Vorstösse wurden erledigt, 8 sind neu eingegangen. Das ergibt eine Statistik von plus 2.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2009/143: Fazlija Amir, geb. 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. B2009/144: Hartmann geb. Kovacevic Jelena, geb. 1948, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

P. Fuchs (SVP): In der Bürgerrechtskommission werden die Kenntnisse über die Schweiz und die Sprache geprüft. Frau Hartmann hat über die Schweiz kaum etwas gewusst. Trotzdem hat die Mehrheit der Bürgerrechtskommission mit 4 zu 2 Stimmen für die Aufnahme gestimmt. Nach eigenen Aussagen hat die Kandidatin nicht gelernt. Die Aufnahme wurde mit dem Alter der Kandidatin begründet und damit, dass sie in einem halben Jahr nicht mehr wissen wird. Ihre Familienangehörigen sind ebenfalls Schweizer, zudem war sie nervös. Das sind Kriterien, die nicht beurteilt werden müssen. P. Fuchs stellt den Antrag Hartmann geb. Kovacevic Jelena um ein halbes Jahr zurückzustellen.

B. Dubochet (Grüne): Es ist richtig, Frau Hartmann hat nicht so viel gewusst, wie sich das die Kommissionsmitglieder gewünscht haben. Aber das ist nicht erste Priorität. Das wichtigste ist, dass die Gesuchstellenden gut integriert sind, das heisst, dass sie mit den Lebensgewohnheiten vertraut sind und die Sprache beherrschen. Man konnte mit Frau Hartmann Schweizerdeutsch sprechen. Das ist die Hauptsache. Die Bürgerrechtskommission achtet darauf, dass diese Punkte erfüllt sind. Die letzte Priorität hat das Wissen. B. Dubochet bittet die Ratsmitglieder der Mehrheit der Bürgerrechtskommission zu folgen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. B2009/145: Kasumi-Hamiti geb. Kasumi Teuta, geb. 1983 und Ehemann Hamiti Ilir, geb. 1981, mit Kindern Hamiti Kastriot, geb. 2003 und Hamiti Jon, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2009/146: Mahmuljin Nijaz, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

B. Dubochet (Grüne): Auch in diesem Fall war das Wissen nicht sehr gross. Der Integrationsstand war aber nicht so gut wie bei Frau Hartmann. Deshalb kann B. Dubochet damit leben, dass die Mehrheit die Rückstellung um ein halbes Jahr beantragt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (3:2 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

5. B2009/148: Muji Nijazi, geb. 1983, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2009/149: Sulejmani geb. Mani Rufadije, geb. 1962, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

P. Dennler (SP): Die Gesuchstellerin hatte sprachlich grosse Probleme und konnte die Fragen zum Teil nicht einordnen. Deshalb beantragt die Kommission übereinstimmend die Rückstellung um ein Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein Jahr.

7. B2009/150: Yanlar Irfan, geb. 1978 und Ehefrau Yanlar geb. Nebilir Selcan, geb. 1985, mit Kindern Selin, geb. 2006 und Sena, geb. 2006, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2009/151: De Donno Costantina, geb. 1957, italienische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2009/152: Ibraimi geb. Ibraimi Fatime, geb. 1979, mit Kindern Fatlum, geb. 1998 und Arlind, geb. 2001, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2009/153: Kaplanoglu, Fethi Hakan, geb. 1969 und Ehefrau Kaplanoglu geb. Pusukur Nalan Nergis, geb. 1975, mit Kindern Irem, geb. 1999 und Idil geb. 2004, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2009/154: Muji Aziz, geb. 1981 und Ehefrau Muji geb. Bunjaku Sadbere, geb. 1984, mit Kind Erblin, geb. 2007, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2009/155: Neu, Beryl Christa Jutta, geb. 1967, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2009/175: Berbati Andi, geb. 1996, serbischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin Y. Beutler gratuliert allen zum Winterthurer Bürgerrecht und wünscht ihnen auf dem weiteren Weg zum Schweizerpass alles Gute.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

D. Schraft (Grüne)